

Varwick, Johannes et al.

Article

Entfremdung zwischen den USA und Europa: Geht das »amerikanische Jahrhundert« zu Ende?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Varwick, Johannes et al. (2017) : Entfremdung zwischen den USA und Europa: Geht das »amerikanische Jahrhundert« zu Ende?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 70, Iss. 14, pp. 3-23

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165935>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Entfremdung zwischen den USA und Europa: Geht das »amerikanische Jahrhundert« zu Ende?

Insbesondere seit der Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA stellen sich viele politische Beobachter die Frage, wie zuverlässig die USA für ihre Partner noch sind. Frühere gemeinsame Ziele, wie Freihandel, Klimaschutz und verlässliche transatlantische Beziehungen, sind nicht mehr selbstverständlich. Die Bereitschaft der USA, internationale und multilaterale Strukturen und Institutionen zu unterstützen, scheint nicht mehr vorhanden. Die USA und Europa driften auseinander. Geht das amerikanische Jahrhundert zu Ende?

Johannes Varwick*

Die USA bleiben die »indispensable nation«!

Der Abgesang auf die Vereinigten Staaten von Amerika als die führende *Gestaltungsmacht* in den internationalen Beziehungen ist so alt wie die prägende Rolle der USA selbst. Während jedoch in den vergangenen Jahrzehnten dieser Befund regelmäßig von jenen vorgebracht wurde, die den USA mangelnde *Gestaltungsfähigkeit* – entweder aufgrund vermeintlicher eigener Schwäche oder des relativen Machtzuwachses anderer – attestierten, liefert mit der Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der USA die politische Führung des Landes selbst die Argumente für einen abnehmenden *Gestaltungswillen* in zentralen Fragen der internationalen Politik. Wir erleben die Abkehr von dem außenpolitischen Konsens der USA, nach dem eine stabile, liberale internationale Ordnung ein System sei, von dem insbesondere die USA selbst profitieren. Die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kosten als Garantiemacht dieses Systems werden nunmehr offenkundig als zu hoch betrachtet. Das ist eine politikphilosophische Wende ungeheuren Ausmaßes – es bleibt aber abzuwarten, ob es auch reale Politik wird.

Die Wahl Trumps hat in diesem Sinne zu großer Besorgnis bei nahezu der gesamten transatlantischen Expertenriege geführt. Karl Kaiser (2017, S. 1) etwa, langjähriger Kenner der transatlantischen Beziehungen, sieht im »Rückzug von einer auf Werten begründeten weltpolitischen Ordnungsfunktion der USA« die gravierendste Folge des Machtantritts Trumps, »der mit einer Mischung von Ignoranz, Inkompetenz und

Absicht die bestehende Ordnung zerstört«. Wer die Hoffnung hatte, Trump habe sich lediglich einer isolationistischen Rhetorik bedient, um Präsident zu werden, mit der aber niemand in den USA Präsident sein kann, wurde bereits in seiner Inaugurationsrede vom 20. Januar 2017 eines Besseren belehrt: »From this day forward, a new vision will govern our land. From this moment on, it's going to be America First« (Trump 2017). Wichtige Berater haben zwar klargestellt, »America First does not mean America alone. It is a commitment to protecting and advancing our vital interests while also fostering cooperation and strengthening relationships with our allies and partners« (McMaster und Cohn 2017). Die Welt ist aber im Verständnis dieser Administration keine globale Gemeinschaft, sondern eine Arena, in der Nationen, Nichtregierungsakteure und Unternehmen miteinander um Vorteile streiten. »We bring to this forum unmatched military, political, economic, cultural and moral strength. Rather than deny this elemental nature of international affairs, we embrace it« (McMaster und Cohn 2017).

Das Handeln Präsident Trumps hat also erhebliche und aufgrund seines eher erratischen Politikstils, der sich im ersten halben Jahr seiner Amtszeit an mehreren Punkten manifestiert hat, auch nicht abschätzbare Konsequenzen für die internationale Rolle der USA. »Washington now might become even more divorced from international political realities under the new president by perpetuating myths of American superiority and omnipotence and at the same time disengaging from the global stage« (Fröhlich 2017, S. 13).

Bedeutet all dies nun, dass die Rolle der USA in der internationalen Politik eine grundlegend andere als bisher sein wird? Meine These lautet: Vieles spricht dafür, dass wir derzeit eher eine schleichende Anpassung an veränderte weltpolitische Koordinaten als eine von Trump initiierte weltpolitische Revolution erleben. Die USA bleiben in dieser Welt die »Indispensables«, die



Johannes Varwick

* Prof. Dr. Johannes Varwick ist Lehrstuhlinhaber für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

unentbehrliche Nation. Unentbehrlichkeit meint dabei nicht die klassische Vorstellung, nach der ohne die Unterstützung der USA jedes multilaterale Bemühen von Rang scheitern muss. Dafür gibt es in der *Post-Western World* zu viele Gegenbeispiele (z.B. die Asian Infrastructure Investment Bank). Unentbehrlichkeit meint auch nicht die klassische Intonation der ehemaligen US-Außenministerin Albright »We stand tall and we see further than other countries into the future«. Aber nimmt man alle drei Ebenen des von Joseph Nye (2011) sogenannten dreidimensionalen Schachbretts internationaler Macht *zusammen* – militärische, ökonomische und kulturelle Machtressourcen –, so ist die Stellung der USA insgesamt so stark, dass Zweifel an der Existenz einer wirklich multipolaren Ordnung begründet sind. Dieser Mix an Fähigkeiten – die es den USA auch heute noch ermöglichen, nahezu jedes ernsthafte Interesse notfalls im Alleingang zu verwirklichen – ist singular, auch wenn der Abstand zu »den anderen« in den vergangenen Jahren kleiner geworden ist. »So the United States is and remains the one indispensable nation. That has been true for the century passed and it will be true for the century to come« (Obama 2014).

Der Wandel in den Rahmenbedingungen dieser Unentbehrlichkeit ist gleichwohl beträchtlich: So ergibt sich der steigende politische Einfluss der Schwellenländer wie China und Indien geradezu zwangsläufig aus deren demographischem Gewicht, das bei steigender Wirtschaftskraft pro Kopf zunehmend auch zu einer relevanten ökonomischen und geopolitischen Dimension führt. Einige Vorstellungen im sogenannten politischen Westen wie der Glaube an global universell gültige Menschenrechte und die damit verbundene Vorstellung, sich bei Bedarf massiv in innere Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen (*responsibility to protect*) hatten ihren (vorläufigen) Höhepunkt bereits vor Trump überschritten. Das vergangene Vierteljahrhundert kann als eine »Zwischenzeit« gelten, »die von einem fast schon naiven Optimismus geprägt war – einem Optimismus, der die westlichen Gesellschaften an eine immer stärker integrierte Europäische Union und ein westlich orientiertes, demokratisches Russland ebenso glauben ließ wie an den Erfolg des Arabischen Frühlings und an den Triumph der wirtschaftlichen Interdependenz in Asien über alte geopolitische Rivalitäten« (Rühle 2016).

Gleiches gilt wohl auch für das normative Selbstverständnis von Demokratie als Voraussetzung dafür, sich für individuelle Freiheit und demokratische Regierungsweise einzusetzen, den Gedanken, dass autoritäre Staaten immer eine latente Quelle unterschiedlicher Bedrohungen wie Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und religiösen Fundamentalismus sind, sowie schlussendlich für die Idee, ökonomische Liberalisierung und Freihandel seien immer und überall sowohl förderlich für die ökonomischen Interessen der Beteiligten, die Förderung der politischen Transformation und Ausdruck einer zunehmenden Einbettung der Staatenwelt in ein dichtes Netz

von Interdependenzen. Kurzum: Der sogenannte »Washington-Konsensus« war theoretisch überzeugend, in der schmutzigen Praxis internationaler Politik hat er jedoch an Strahlkraft verloren (vgl. Varwick und Windwehr 2016).

Die Welt wird offenkundig ungeordneter und chaotischer, und globales Regieren wird in Zukunft von einem komplizierten Ausbalancieren unterschiedlichster ökonomischer und außen- und sicherheitspolitischer Interessen sowie divergierender normativer Vorstellungen geprägt sein. Dies hat mindestens drei tiefere Gründe:

- Erstens fühlen sich verschiedene Akteure nicht mehr den etablierten internationalen Regeln und Vereinbarungen verpflichtet, Multilateralismus wandelt sich damit ganz grundlegend und verliert zunehmend sein »westliches Gesicht«;
- zweitens ist die Zahl bedeutender Akteure mit aufsteigenden Mächten wie den BRICS-Staaten und somit auch die Konkurrenz um Einfluss und Ressourcen auf internationaler Ebene stetig gestiegen;
- drittens haben Fehlschläge US-amerikanischer Außenpolitik insbesondere im erweiterten Nahen Osten das Vertrauen in die US-Politik geschwächt sowie die Akzeptanz seitens der internationalen Staatengemeinschaft für deren (Führungs-)Rolle als globale Ordnungsmacht geschmälert.

Ein *Pragmatist Turn* in der Weltpolitik wurde durch den »Trumpismus« verstärkt, aber nicht kausal verursacht. Die finanziellen und politischen Kosten und Risiken eines klassischen Indispensables bedürfen mithin eines Grades an Gestaltungswillen, der von vermutlich niemandem mehr aufgebracht werden kann und wird. »Moreover, the structure and dynamics of the international system would reject or resist it, as it does in so many ways that frustrate the United States from achieving its foreign policy objectives. The United States can be truly indispensable in a few discrete domains, such as for military operations, which [...] has proven disastrous recently« (Zenko 2014).

In der Konsequenz sehen auch ausgewiesene und nüchterne Transatlantiker wie die deutsche Bundeskanzlerin zu Recht eine veränderte Rolle der USA. In ihrer berühmten Bierzelt-Rede in München-Trudung sagte sie im Mai 2017: »Und die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, die sind ein Stück vorbei, das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Und deshalb kann ich nur sagen: Wir Europäer müssen unser Schicksal wirklich in unsere eigene Hand nehmen. Natürlich in Freundschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika [...]. Aber wir müssen wissen, wir müssen selber um unsere Zukunft kämpfen, als Europäer für unser Schicksal« (Merkel 2017).

Dieser Gedankengang ist durchaus logisch – und wird im Übrigen von der Trump-Administration nicht kritisiert, sondern im Gegenteil im Sinne des Appells an eine ausgewogenere transatlantische Lastenteilung sogar ausdrücklich begrüßt. Es gilt jedoch zugleich, die Kräfteverhältnisse in der internationalen Politik nicht

vollkommen falsch einzuschätzen und damit zu falschen Strategien zu gelangen. »Erkenne die Lage und rechne mit deinen Defekten. Gehe von deinen Beständen aus, nicht von deinen Parolen« heißt es in den Briefen von Gottfried Benn an Friedrich Oelze.

In diesem Sinne kann mittlerweile kein EU-Mitgliedstaat seine Sicherheit mehr allein gewährleisten, und nur noch wenige Staaten verfügen über ein breites Fähigkeitsprofil, politisch wie militärisch. Die blumigen Bestimmungen zur Außen- und Sicherheitspolitik im Vertrag von Lissabon böten die Möglichkeit, im EU-Rahmen einen außen- und sicherheitspolitischen Ansatz mit entsprechenden Fähigkeiten zu stärken und weiterzuentwickeln, denn die Instrumente bzw. der rechtliche Handlungsrahmen sind grundsätzlich vorhanden. Das Problem ist jedoch politisch: Es fehlt am Willen, die Instrumente zu nutzen. In politischen Fragen bleibt die EU einstweilen eine »Macht im Konjunktiv«. Schlimmer noch: Die EU ist abermals in eine Phase der Beschäftigung mit sich selbst eingetreten.

Die EU bleibt damit ein nach außen fragmentierter Akteur, der in jeder Krise um den inneren Zusammenhalt ringen muss. Staatliche Souveränitätsansprüche – trotz einer Souveränität, die eigentlich so gar nicht mehr vorhanden ist – bleibt also das größte Hindernis für Fortschritte in Europa. Wir haben es mithin mit einem »Souveränitätsparadoxon der EU« zu tun. Wer glaubt denn wirklich, dies ließe sich jetzt kurzfristig ändern? Überschätzen wir da die Möglichkeiten Europas nicht drastisch? Wir haben leider in den vergangenen Jahrzehnten schon viele »Stunden Europas« erlebt – das Ergebnis war immer ernüchternd. Lernen wir daraus, dass nun nicht die Stunde der »Emanzipation Europas« ist, sondern wir den transatlantischen Laden zusammenhalten müssen. Das geht vermutlich auch mit Präsident Trump, wenn die Europäer mehr Lasten übernehmen. Gleichzeitig hindert sie ja niemand daran, eigene Projekte (von Klimaschutz bis Freihandel mit anderen Regionen, die dies wollen) voranzubringen.

In dieser Situation sollte also weiterhin intensiv daran gearbeitet werden, dass die USA sich nicht vollkommen zurückziehen – und das geht tatsächlich nur dann, wenn wir als Europäer mehr investieren. Zu einem nüchternen Blick auf die Rolle der USA gehört zudem auch ein genauere Blick auf die innenpolitische Situation. Es wäre nicht das erste Mal, dass erst im innerbürokratischen Prozess die tatsächliche außenpolitische Linie sichtbar wird und zudem im demokratischen Ringen (d.h. unter dem Wirken der checks and balances im politischen System der USA wie auch der Wahrung der Rolle der freien Presse, die Trump verachten mag, gegen die er aber nicht ankommen wird) halbwegs sinnvolle Lösungen für die anstehenden politischen Probleme gefunden werden. Diese Grundregeln amerikanischer Demokratie wird kein noch so mächtiger und noch so unkonventioneller Präsident außer Kraft setzen können. Ja, er kann Schaden anrichten. Aber es gilt auch: Er braucht – je länger er im Amt sein wird, desto intensiver – seine wichtigen Minis-

ter und ein Umfeld, das nicht die gesamte Welt gegen ihn aufbringt.

Wir werden bald sehen, wie die immer noch verwaiste obere und mittlere Führungsebene im State Department, im Department of Defense sowie den Botschaften und Agenturen aussehen wird. Auch hier gibt es gemischte Signale, und es dürfte bei einer Reihe an Spitzenpositionen schwer werden, etablierte und loyale außen- und sicherheitspolitische Beamte zu finden. Schließlich hatte sich im Wahlkampf nahezu das gesamte außenpolitische Establishment der Republikaner – mithin das Reservoir für Führungskräfte und Berater einer neuen Administration – von Trump distanziert. Auch macht es weiterhin Sorgen, dass offenkundig der Trump'sche Ansatz von einer »Entbürokratisierung von Politik« träumt, um auf diese Weise bisherige außenpolitische Traditionslinien bewusst zu kappen.

Da die USA also »indispensable« bleiben, wird es nun darauf ankommen, den transatlantischen Dialog auf allen Ebenen weiter zu pflegen und Bypässe zu legen, die die Amtszeit Trumps mit so wenig Schaden wie möglich vergehen lassen. Mit einer amerikanischen Stimme gesprochen: »America will be back. But in the meantime, the EU will have to hold down the Western fort« (Kupchan 2017). Nicht Abkoppelung, sondern Investition ist das Gebot der Stunde.

LITERATUR

- Fröhlich, St. (2017), *Berlin's new pragmatism in an era of radical uncertainty*, Transatlantic Academy, Washington.
- Kaiser, K. (2017), »Abbruchunternehmen Trump. Eine Handlungsanweisung zur Rettung der transatlantischen Beziehungen«, *Internationale Politik und Gesellschaft* (2), Februar, verfügbar unter: <http://www.ipg-journal.de/regionen/nordamerika/artikel/detail/abbruchunternehmen-trump-1820/>, aufgerufen am 7. Juli 2017.
- Keller, P. (2016), »Der Niedergang findet nicht statt. Die USA in der multipolaren Weltordnung«, *Politikum* (4), 14–22.
- Kupchan, Ch. (2017), »The West Will Have to Go It Alone, Without the United States«, *Foreign Policy*, 13. Juni, verfügbar unter: <https://foreignpolicy.com/2017/06/13/the-west-will-have-to-go-it-alone-without-the-united-states-trump/>, aufgerufen am 7. Juli 2017.
- McMaster, H.R. und G.D. Cohn (2017), »America First Doesn't Mean America Alone«, *Wall Street Journal*, 30. Mai.
- Merkel, A. (2017), Rede am 28. Mai 2017 in München, verfügbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/angela-merkel-zweifelt-an-zuverlassigkeit-von-donald-trump-15036287.html>, aufgerufen am 7. Juli 2017.
- Nye, J. (2011), *The Future of Power*, PublicAffairs, New York.
- Obama, B. (2014), Remarks by the President at West Point, New York, 28. Mai 2014, verfügbar unter: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2014/05/28/remarks-president-united-states-military-academy-commencement-ceremony>, aufgerufen am 7. Juli 2017.
- Rühle, M. (2016), »Symbolische Sicherheitspolitik«, *Internationale Politik*, 6. Februar, verfügbar unter: <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/themen/symbolische-sicherheitspolitik>, aufgerufen am 7. Juli 2017.
- Trump, D. (2017), Remarks of President Donald J. Trump am 20. Januar 2017 in Washington, verfügbar unter: <https://www.whitehouse.gov/inaugural-address>, aufgerufen am 7. Juli 2017.
- Varwick, J. und J. Windwehr (2016), »Global Governance als Chimäre. Die internationale Ordnung vor der Erosion?«, in: U. Männle (Hrsg.), *Bedrohte Demokratie. Aktionisten, Autokraten, Aggressoren: Welche Antworten haben die Demokraten?*, Duncker & Humblot, Berlin, 57–68.
- Zenko, M. (2014), »The Myth of the Indispensable Nation«, *Foreign Policy*, 6. November, verfügbar unter: <http://foreignpolicy.com/2014/11/06/the-myth-of-the-indispensable-nation/>, aufgerufen am 7. Juli 2017.

Josef Braml* Transatlantische Ungleichgewichte



Josef Braml

US-Präsident Donald Trump und seine Berater wollen der USA mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen im weltwirtschaftlichen Wettbewerb zu neuer Stärke verhelfen – auf Kosten anderer, insbesondere exportstarker Länder wie Deutschland und China. Neben einer protektionistischeren Handels- und Steuerpolitik könnte die Trump-Regierung auch zur Wechselkurspolitik greifen. Da ein Abwertungswettbewerb für alle Seiten schädlich wäre, sollten sich die betroffenen Industrie- und Schwellenländer mit der Gefahr währungspolitischer Verwerfungen befassen. Um politisch wie wirtschaftlich gefährliche makroökonomische Ungleichgewichte abzubauen und einen möglichen Einbruch der Exporte abzufedern, wären Investitionen in inländische Infrastruktur für Deutschland nützlich. Zudem würde weniger Fremdfinanzierung der amerikanischen Staatsverschuldung – durch Länder wie China und Deutschland – die USA nötigen, besser zu haushalten.

HANDELSUNGLEICHGEWICHTE – EIN WIRTSCHAFTLICHES UND POLITISCHES PROBLEM

Peter Navarro (zitiert in Donnan 2017), Leiter des Nationalen Handelsrates der USA, beschuldigte Ende Januar 2017 Deutschland, durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) andere Staaten, darunter die USA, »auszubeuten«. Damit konkretisierte er den Vorwurf Präsident Trumps (im Interview mit der BILD-Zeitung vom 15. Januar 2017), dass Deutschland die EU für seine eigenen Interessen instrumentalisiere, auch um den USA wirtschaftlich zu schaden. Im vergangenen Jahr konnte Deutschland wieder mehr in die USA exportieren, als es von dort importierte, und einen Außenhandelsüberschuss von knapp 50 Mrd. Euro erwirtschaften (Statistisches Bundesamt 2017; vgl. Abb. 1). Es war nur eine Frage der Zeit, bis Trump Deutschland und seine Firmen deswegen öffentlich kritisieren würde.

Dauerhafte Handelsungleichgewichte sind ein politisches Problem. In Ländern mit negativer Handelsbilanz erzeugen sie die Wahrnehmung, das Ausland raube ihnen ihre Industrie, und nähren die Illusion, von Protektionismus profitieren zu können. Ähnlich wie zuvor schon im Vereinigten Königreich beim Brexit-Referendum rebellierte bei den US-Präsidentenwahlen 2016 das deindustrialisierte Land gegen die Metropole. Trump konnte seinen Wahlsieg gegen das »Washingtoner Establishment« und die »Wall Street« vor allem mit dem Versprechen gewinnen, die von den USA forcierte Globalisierung umzukehren.

* Dr. Josef Braml ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Der Beitrag basiert auf einem umfangreicheren Beratungspapier des Autors (Braml 2017).

Anscheinend ist Trump der Ansicht, dass er mit protektionistischen Kampfansagen Handelspartner zu Neuverhandlungen aller Art nötigen könne, weil diese ein größeres Interesse am Freihandel hätten als die USA. Er droht mit Strafzöllen und anderen protektionistischen Maßnahmen und muss diese – für den Fall, dass sich die Handelspartner nicht erpressen lassen – am Ende wahr machen, um bei diesem Kernthema gegenüber seinen Wählern glaubwürdig zu bleiben. Er wird deshalb auch weiter Druck auf Deutschland ausüben, das laut ihm nur dank des niedrigen Euro und des zu starken Dollar die Exportweltmeisterschaft errungen habe.

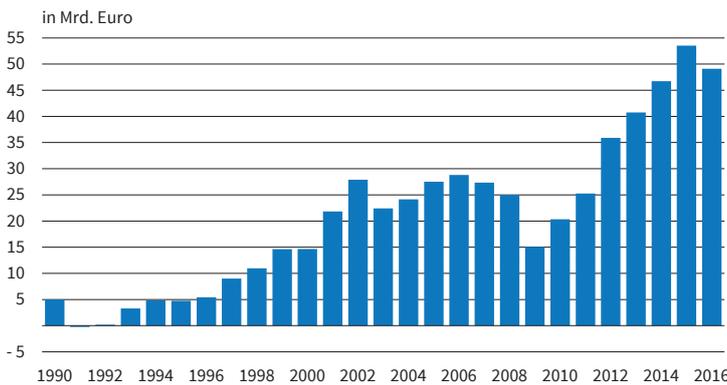
Die Kritik am billigen Euro ist nicht neu, bereits Vertreter der Obama-Regierung brachten sie vor. So verurteilte das US-Finanzministerium im April 2015 in seinem halbjährlich erscheinenden Währungsbericht die Geldpolitik der Europäer (US Department of the Treasury 2015). Die EZB verließ sich zu sehr auf monetäre Stimuli, um die Wirtschaft wiederzubeleben. Selbst der ehemalige US-Notenbankchef Ben Bernanke (2015) kritisierte Deutschland für seine Exportleistungen, die vor allem dank des zu niedrig bewerteten Euro möglich seien. Die Kritik ist bemerkenswert, hatte die Federal Reserve, die US-Notenbank, unter Bernankes Leitung aufgrund der Blockade der Fiskal- und Handelspolitik der USA doch selbst in noch viel größerem Umfang Geldpolitik bemüht. Unter anderem hatte die US-Notenbank ab November 2008 mit drei Runden »quantitativer Lockerung« die Zinsen und die US-Währung nach unten befördert, um die lahrende US-Wirtschaft durch Exporte wiederzubeleben.

Als der Euro binnen eines Jahres gegenüber dem Dollar knapp ein Sechstel seines Wertes verlor, konnte die Federal Reserve ihrerseits nicht mehr mit einer vierten Runde »quantitativer Lockerung« und Verbilligung des US-Dollar reagieren, weil sonst das Vertrauen in den Dollar als sicherem Geldanlagehafen überstrapaziert worden wäre. Indem die USA im Herbst 2014 aufhören mussten, zusätzliches Geld zu drucken¹, und die Europäer insbesondere seit Jahresbeginn 2015 und noch einmal seit dem Frühjahr 2016 die Geldschleusen öffneten, verteuerten zwei Faktoren den Dollar wieder merklich, verbilligten den Euro und beeinträchtigten die Exportchancen der US-Wirtschaft.

Obwohl die US-Wirtschaft überwiegend vom Binnenkonsum abhängt und der jetzt schwächere Euro längerfristig gesehen (vgl. Abb. 2) in etwa dasselbe Niveau wie 2007 hat (der Zeit vor Ausbruch der von den USA verursachten Finanzkrise), irritiert der wiedererstarkte Dollar die Wirtschaftsstrategen im Weißen Haus. Es ist zu befürchten, dass mit den nunmehr deutlicheren Währungsmanipulationsvorwürfen Trumps und seiner Handelsberater weitere Argumente in Stel-

¹ Obschon die US-Notenbank im Oktober 2014 aufhörte, mit weiterer quantitativer Lockerung zusätzliche Papiere zu kaufen, werden die fälligen Anleihen laufend durch neue ersetzt. Indem sie damit die Geldschwemme fortsetzt und die sogenannte Liquidität auf den Märkten auch nicht mit spürbar höheren Zinsen abschöpft, ist die US-Notenbank weiterhin im Krisenmodus.

Abb. 1
Außenhandelsüberschuss Deutschlands mit den USA



Quelle: Statistisches Bundesamt (2017), Stand: 13. März 2017.

© ifo Institut

lung gebracht werden, um wiederum mit einem schwachen Dollar auf die Exportvorteile anderer Länder zu reagieren.

DIE POLITIK DER NOTENBANK ALS AUSWEG AUS DEM ZWILLINGSDEFIZIT

Als die Federal Reserve selbst noch im größeren Umfang Geld druckte, setzte sie dadurch die amerikanische Währung merklich unter Druck. Ein schwacher Dollar bot den USA Vorteile: Er verringerte nicht nur die Schuldenlast, sondern sollte dem in handelspolitischen Fragen beschränkt handlungsfähigen Präsidenten Barack Obama helfen, seine ehrgeizige Exportstrategie umzusetzen.

Zwar konnte diese expansive Geldpolitik und der damit geschwächte Dollar amerikanische Exportchancen kurzfristig fördern, doch langfristig bleibt ein Problem bestehen, das US-Präsident Trump besonders umtreibt: Die amerikanische Industrie hat innerhalb weniger Dekaden spürbar an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Die Unausgewogenheit der Außenhandelsbilanz ist neben der hohen Staatsverschuldung ein strukturelles Problem der US-Wirtschaft.

Amerikas Verschuldung wird zu einem Gutteil von ausländischen Kreditgebern finanziert. Vor einer Reihe europäischer Länder halten China und Japan amerika-

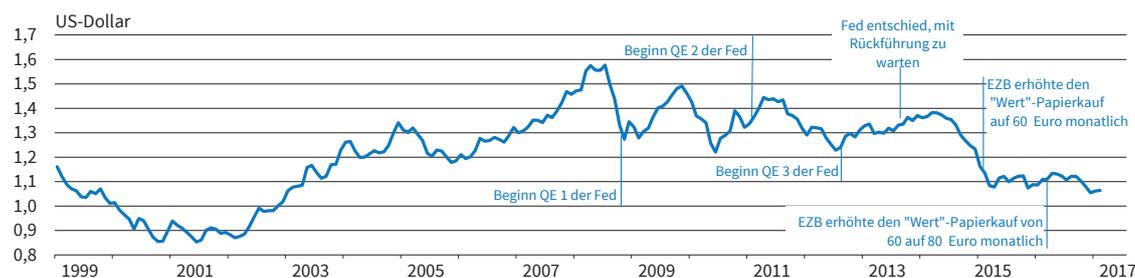
nische Staatsanleihen im Wert von jeweils 1,2 Billionen Dollar (vgl. Labonte und Nagel 2016, S. 1–2) und ermöglichen so den unbegrenzten Konsum auf Pump. Doch diese Fremdfinanzierung der amerikanischen Schuldenlast würde ernsthaft eingeschränkt, sollte Trump seine handelspolitischen Ideen, insbesondere seine protektionistische Wahlkampfansage, in die Tat umsetzen. Denn Länder wie China und Deutschland können nur durch freien Handel, nicht zuletzt einen Außenhandelsüberschuss (ergo ein Außenhandelsdefizit der USA) Währungsreserven

erwirtschaften, die sie wieder in den USA investieren können – und so auch die Schuldenlast der Weltmacht finanzieren.

Aus der Zwickmühle des Zwillingdefizits – einem Außenhandelsdefizit, das bei der Finanzierung des Staatshaushaltsdefizits hilft – werden Trumps Wirtschaftsberater einen Ausweg finden: Wenn die USA unter Trumps Führung die wachsende Staatsverschuldung nicht durch Steuererhöhungen und Einnahmengkürzungen in den Griff bekommen, sondern im Gegenteil Steuern senken und Ausgaben erhöhen, kann die US-Notenbank durch Gelddrucken eine Inflation bewirken und so die vom Ausland finanzierte Schuldenlast verringern. Selbst wenn Mitte März 2017 eine weitere symbolische Erhöhung der Federal Funds Rate – der Zinssatz, zu dem sich Banken Geld leihen können – von nur einem Viertelprozentpunkt die schon seit Längerem angekündigte Normalisierung der Geldpolitik signalisierte, bleibt das künftige Verhalten der US-Notenbank abzuwarten. Denn mit der Auswahl der Notenbankchefin Janet Yellen, insbesondere der Nachfolge von US-Notenbankchefin Janet Yellen, kann auch der Präsident dafür sorgen, dass das Gegenteil geschieht, und noch mehr Geld gedruckt wird.

Das wird umso nötiger werden, falls Trump seine großangelegten Wirtschaftspläne in die Tat umsetzen sollte. Denn ohne Gegensteuern der Notenbank

Abb. 2
Monatliche Entwicklung des Euro-Dollar-Wechselkurses
Januar 1999 bis Februar 2017



Berechnungsgrundlage: Euro-Referenzkurs der EZB: 1 Euro = ... US-Dollar (Stand 1. März 2017).
QE = Quantitative Easing; Fed = Federal Reserve).

Quelle: Deutsche Bundesbank.

© ifo Institut

würde das kreditfinanzierte Konjunkturprogramm zu höheren Zinsen führen. Diese würden wiederum die durch Konsumkredite ermöglichte Kaufkraft der meisten Amerikaner vermindern, also den staatlichen Stimulus zunichtemachen. Merklich höhere Zinsen würden zudem die zu zwei Dritteln konsumgetriebene und überwiegend auf Pump finanzierte US-Wirtschaft abwürgen.

Der Chefstrategie im Weißen Haus, Stephen Bannon (zitiert in Wolff 2016), erklärte denn auch, dass angesichts der aktuell niedrigen Zinsen die Gelegenheit günstig sei, zum Wohle der amerikanischen »Arbeiterklasse« das Land neu aufzubauen und neue Wählerkoalitionen zu schmieden. Mit einer »wirtschaftsnationalen Bewegung« will er Trumps Wiederwahl bewerkstelligen.

Die erheblichen Ausgaben für die geplanten Infrastrukturmaßnahmen und zusätzlichen Mittel für das Militär kann Trump seinen staatskritischen Parteifreunden im Kongress nur durch umfangreiche Steuererleichterungen (und Deregulierungen, u.a. im Finanzbereich) verkaufen. Sein nationalistisches Wirtschaftsprogramm wird die ohnehin schon besorgniserregende amerikanische Staatsverschuldung weiter erhöhen.

Die amerikanische Gesamtverschuldung läuft bereits aus dem Ruder. Das Congressional Budget Office (2016, S. 9), ein überparteilicher wissenschaftlicher Dienst der amerikanischen Legislative, warnt, dass die Schuldenlast »substanzielle Risiken« für das Land berge, ein Finanzkollaps drohe und nicht zuletzt auch die Handlungsfähigkeit des Staates zum Erliegen bringen könne. Höhere Zinsen würden die Schulden und das Risiko der Paralyse exponentiell erhöhen.

Eine weitere Runde »quantitativer Lockerung« der US-Notenbank ist also unabdingbar, um insbesondere die Zinsen niedrig zu halten. Damit würde die Binnenwirtschaft am Laufen und die Staatsschuldenlast vorläufig finanzierbar gehalten. Weiteres Geld drucken würde Amerikas Schulden – sprich die Forderungen der Kreditgeber – durch Inflation entwerten und auch den Wert des Dollars drücken, um Exportvorteile zu erwirken. Damit würde eine weitere Runde im Abwertungswettlauf der wichtigen Währungen eingeläutet.

HANDLUNGSOPTIONEN – AUCH FÜR DIE POLITIK

Ermutigt durch ihre oft handlungsunfähigen Regierungen, versuchen die Zentralbanken zahlreicher Länder – allen voran die amerikanische Federal Reserve, die Bank of Japan und die EZB – schon seit Längerem, mit einer extrem expansiven und lockeren Geldpolitik ihre Wirtschaften wiederzubeleben. Ob das gelingt, bleibt fraglich. Selbst wenn die Binnenwirtschaft nicht nachhaltig angekurbelt werden kann, sollen – auch wenn es keiner offen zugibt – mit der damit geschwächten eigenen Währung die Exporte zulasten anderer gefördert werden.

Es ist höchste Zeit, dass die expansive Geldpolitik koordiniert zurückgefahren wird. Defizitländer wie die USA sollten sich zu Strukturreformen verpflichten, ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und strengere Haushaltsdisziplin walten lassen. Im Gegenzug sollten die Überschussländer wie Deutschland mehr Nachfrage generieren, Haushaltsüberschüsse vermeiden und die Investitionsbedingungen verbessern. Damit könnten die globalen Ungleichgewichte nach und nach abgebaut werden – um zu verhindern, dass sie früher oder später durch einen größeren Schock korrigiert werden, der die Weltwirtschaft erneut in die Krise stürzt, die niemandem nutzt und allen schadet.

Angesichts der aktuellen innenpolitischen Lage und der nationalistischen Wirtschaftspläne in den USA werden die Forderungen ausländischer Regierungen nach mehr Haushaltsdisziplin und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wohl fromme Wünsche bleiben. Indem jedoch Überschussländer wie Deutschland fiskalpolitische Anreize geben, um Ersparnisse stärker im eigenen Land zu investieren, würden Handelsungleichgewichte abgebaut.

Auch der deutsche Staat selbst könnte im eigenen Land investieren. Alleine bei der Renovierung von Schulgebäuden besteht ein Investitionsbedarf von 35 Mrd. Euro. Die Kommunen, also Städte und Gemeinden, die für die Hälfte aller staatlichen Investitionen verantwortlich zeichnen, verwalten einen Investitionsstau von 136 Mrd. Euro (vgl. Fratzscher 2017). Dabei gäbe es noch einiges zu tun, um die öffentliche Infrastruktur zu verbessern, etwa bei Stromnetzen, Straßen und Datenautobahnen, hier etwa beim Aufbau eines flächendeckenden Gigabit-Glasfasernetzes. Im Vergleich zu anderen Industriestaaten hat Deutschland ohnehin eine der niedrigsten Quoten für öffentliche Investitionen (vgl. Fratzscher 2017).

Firmen und institutionelle Anleger könnten ihrerseits zur Verbesserung des Kapitalstocks in Deutschland beitragen, indem sie mehr Geld in die Binneninfrastruktur investieren und weniger in den USA – zumal dort über kurz oder lang ohnehin eine Entwertung ihrer Anlagen droht. Mangels Fremdfinanzierung würde auch der Druck auf die USA erhöht, besser zu haushalten.

Da das Zwillingsdefizit (Haushalts- und Handelsdefizit) der USA auch eine Folge der Dollar-Dominanz ist, sollten Maßnahmen ergriffen werden, um diese strukturelle Überbewertung des Dollar zu verringern. Zusammen mit Frankreich und als Kooperationsanreiz für China könnte die Bundesregierung in internationalen Foren dafür werben, dass die Wechselkursschwankungen reduziert werden, indem die Sonderziehungsrechte des IWF zu einer supranationalen Reservewährung ausgebaut werden – auch um den Dollar als internationale Leitwährung zu entlasten. Damit hätten der US-Präsident und seine Wirtschaftsberater ein Argument weniger: dass ein zu starker Dollar Amerika schade.

LITERATUR

- Bernanke, B.S. (2015), »Germany's Trade Surplus is a Problem«, Brookings Institution, 3. April, verfügbar unter: <http://www.brookings.edu/blogs/ben-bernanke/posts/2015/04/03-germany-trade-surplus-problem>.
- Braml, J. (2017), »Die Politisierung des Dollar-Kurses«, *DGAPkompakt* (2), Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin.
- Congressional Budget Office (2016), »The 2016 Long-Term Budget Outlook«, 12. Juli.
- Donnan, S. (2017), »Trump's Top Trade Adviser Accuses Germany of Currency Exploitation«, *Financial Times*, 31. Januar.
- Fratzcher, M. (2017), »Germany's Misunderstood Trade Surplus«, *Project Syndicate*, 7. März.
- Labonte M. und J.C. Nagel (2016), *Foreign Holdings of Federal Debt*, Congressional Research Service, Washington, DC.
- Statistisches Bundesamt (2017), *Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 2016*, Wiesbaden, 28. Februar.
- US Department of the Treasury (2015), Office of International Affairs, *Report to Congress on International Economic and Exchange Rate Policies*, Washington, DC.
- Wolff, M. (2016), »Ringside With Steve Bannon at Trump Tower as the President-Elect's Strategist Plots »An Entirely New Political Movement««, *The Hollywood Reporter*, 18. November.

Jürgen Hardt*

Die Welt wird multipolarer – und das Transatlantische immer wichtiger!

Blicken wir auf den G-20-Gipfel zurück: Trotz aller kontroversen Debatten und trotz unsäglicher linksextremer Gewalt auf der Straße war dieser G-20-Gipfel ein Erfolg und eine wichtige Gelegenheit für die Staats- und Regierungschefs der 20 größten Industrie- und Schwellenländer, ihre Politiken in einer Reihe von zentralen Bereichen abzustimmen. Zusammentreffen wie dieses bleiben ein wichtiger Baustein der multilateralen Diplomatie. Die Gespräche und Verhandlungen erfolgten – wie es die Bundeskanzlerin zum Auftakt selbst betont hat – »ohne sich zu verbiegen«. Dabei wurden auch bestehende Bruchlinien innerhalb der G 20 diskutiert, aber nicht überwunden – insbesondere im Bereich der internationalen Klimapolitik. Mit dem richtungsweisenden »Compact for Africa« und dem klaren Bekenntnis zu freiem und fairem Handel haben die G 20 gleichwohl ihren Ordnungs- und Gestaltungsanspruch unterstrichen – im Übrigen auch mit der Unterschrift des US-Präsidenten.

Zugleich haben sich die Perspektiven im letzten Jahr deutlich verschoben: Präsident Trump setzt seine Wahlkampfretorik in einigen Bereichen fort und stellt den über viele Jahre unangezweiften Konsens in Frage, dass wir globale, grenzüberschreitende Herausforderungen nur mit globalen, grenzüberschreitenden Antworten wirksam begegnen können. Dies betrifft die Klimapolitik ebenso wie den Kampf gegen den Terrorismus oder den Umgang mit dem weltweiten Phänomen von Flucht und Migration.

Dass Präsident Trump diesen Konsens und vor allem die Bereitschaft der USA in Frage stellt, internationale und multilaterale Strukturen und Institutionen zu unterstützen – finanziell wie ideell –, schwächt in erster Linie das westlich-liberale Ordnungssystem selbst. Zugleich hat es zu einem Dissens auf politischer Ebene zwischen den USA und Europa in einigen wichtigen Kernfragen geführt.

Von einer Entfremdung zu sprechen, halte ich hingegen für falsch und der Sache nicht angemessen. In der schnelllebigen medialen Welt neigen wir dazu, die Augen allzu rasch vor der vielschichtigen und komplexen Realität der US-amerikanischen Politik und Gesellschaft zu verschließen. Donald Trump hat am 8. November 2016 zwar die Mehrheit der Wahlmännerstimmen hinter sich gehabt (nicht so die Mehrheit der US-amerikanischen Wähler), aber er spricht mit Sicherheit nicht in allen Politikbereichen für die gesamte US-amerikanische Gesellschaft.

* Jürgen Hardt ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestags und Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit April 2014 ist er Koordinator für die Transatlantische Zusammenarbeit im Auswärtigen Amt.



Jürgen Hardt

Die Klimapolitik ist ein Beispiel dafür: Während die Trump-Administration den Rückzug aus dem Pariser Klimaabkommen verkündigt hat, arbeiten zahlreiche Bundesstaaten, Kommunen und Städte an sehr ambitionierten Klimaschutzzielen und sind bei der konkreten Gesetzgebung, bei der Umsetzung zukunftsweisender Mobilität sehr viel weiter, als wir es in Europa sind. Dies ist auch Teil der transatlantischen Realität.

Und die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen den USA, Deutschland und Europa sind so eng miteinander verflochten, wie kaum je zuvor.

Dies zeigt sich gerade mit Blick auf die deutsche Wirtschaft. Über 900 000 Arbeitsplätze in den USA wurden direkt von deutschen Unternehmen geschaffen. Die deutschen Unternehmen zahlen im Schnitt 25% höhere Löhne, als es branchenvergleichbare US-Unternehmen tun. Und die von deutschen Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze sind auch noch zu 40% die von Präsident Trump gewünschten Industriearbeitsplätze – im Vergleich zu 15% im US-Durchschnitt. Hiermit zeigen wir deutlich, dass die deutsche Wirtschaft gerade ein wichtiger Partner bei den Bemühungen der neuen US-Administration ist, die US-amerikanische Wirtschaft zu revitalisieren. Umso erstaunlicher ist die spezifisch deutschlandkritische Rhetorik, die wir aus Washington zuletzt in Wirtschaftsfragen vernommen haben.

Wir werden noch einige Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit leisten müssen, um auch in Washington zu verdeutlichen, wie Handel und Investitionen zusammenhängen. Und dass internationale Wertschöpfungsketten bei richtigen Rahmenbedingungen zu vielen »Win-win-Situationen« führen, die zu Wohlstand und Wertschöpfung auf beiden Seiten des Atlantiks führen. Das erneute Bekenntnis von Donald Trump beim G-20-Gipfel in Hamburg zu freiem und fairem Handel und zum Kampf gegen Protektionismus mag dabei ein weiterer positiver Schritt sein. Dies ist eine deutliche Weiterentwicklung zum G-20-Treffen der Finanzminister im März, bei dem man sich noch nicht auf solche gemeinsame Linien einigen konnte.

Blicken wir auf die Außen- und Sicherheitspolitik: Viele der Befürchtungen, die mit dem Amtsantritt Trumps verbunden waren, haben sich zumindest bis heute nicht bewahrheitet. Von vielen Wahlversprechen ist er abgerückt. Das Iran-Abkommen hat nach wie vor Bestand. Die US-Botschaft verbleibt bis auf Weiteres in Tel Aviv, und eine vermeintliche russlandpolitische Romantik ist im Lichte tagesaktueller Ereignisse – ich nenne nur beispielhaft die russische Unterstützung für das verbrecherische Regime in Damaskus – zugunsten einer pragmatischen, von Kontinuität geprägten Politik gewichen, die Russland an seinen konkreten Taten misst.

Um es auf den Punkt zu bringen: Trotz immer wieder auftretender Überraschungen sehe ich zumindest in der Außen- und Sicherheitspolitik einen Pendelschwung hin zum »klassischen«, realpolitischen Teil

der Administration und weg vom ideologisch-orientierten Teil um Stephen Bannon. Vor diesem Hintergrund bleibt die deutsch-amerikanische Abstimmung zu allen wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen eng und von Partnerschaft geprägt. Hierfür sprechen nicht nur die vielen Telefonate, die Bundeskanzlerin Merkel mit Präsident Trump führt, sondern auch das jüngste Gespräch der beiden in Hamburg.

Gleichwohl beobachten wir schon seit längerem eine Kräfteverschiebung auf der globalen Bühne. Nach den verlustreichen Erfahrungen der Amerikaner im Irak und in Afghanistan ist vor allem die US-Gesellschaft immer weniger bereit, weltweit auch für andere die Kohlen aus dem Feuer zu holen und »Weltpolizist« zu spielen. Einen schrittweisen Rückzug aus dieser omnipräsenten Rolle haben wir schon in den acht Jahren der Obama-Administration beobachten können. Donald Trump hat sehr explizit auf diesem Gefühl – »wir sollten uns erst um unsere eigenen Probleme kümmern« – erfolgreich Wahlkampf gemacht.

Zugleich setzen andere Staaten immer deutlicher einen eigenen Gestaltungs- und mitunter Ordnungsanspruch durch. Allen voran China. Die Bilder des kürzlich zelebrierten ersten »Seidenstraßen-Gipfels« in Peking haben diesen Anspruch in aller Deutlichkeit unterstrichen.

Dabei sind die Prioritäten nicht immer dieselben: Die Festigung von Demokratie, von Meinungs- und Pressefreiheit, der Schutz von Menschenrechten und von Individualrechten und die Verbreitung freier und offener Märkte hat nicht denselben Stellenwert wie in unserem, westlich geprägten Ordnungssystem. Dies sind gleichwohl die Werte, die uns als westliches, transatlantisches Bündnis so stark machen.

Wir beobachten unter dem Schlagwort »Globalisierung« den Eintritt in eine neue Phase: Während die Globalisierung in den ersten Jahrzehnten vor allem von Digitalisierung und den immer stärkeren Verschwinden nationaler Grenzen beim Handel von Gütern und Dienstleistungen geprägt waren, erfolgte und erfolgt die »politische Globalisierung« mit Zeitverzug. Mit den zu beobachteten Kräfteverschiebungen müssen auch bestehende Ordnungssysteme rejustiert werden, während neue Formate hinzukommen.

Folgt aus diesen Entwicklungen zwangsweise ein »Ende des amerikanischen Jahrhunderts«? Ein entschiedenes Nein! Bei allen Sorgen, die uns einige Signale aus der neuen Administration bereiten, ist und bleibt die amerikanische Gesellschaft und die amerikanische Wirtschaft eine der dynamischsten und innovativsten der Welt. Nach wie vor kommt die Großzahl innovativer Produkte – gerade im Bereich von Zukunftstechnologien – und Patenten aus den USA. So werden sie absehbar ein Produktivitäts- und damit auch Wohlstandsvorsprung haben.

Gerade deshalb halte ich es für so wichtig, dass wir unsere Wirtschaftsbeziehungen weiter verflechten und die Verhandlungen über eine mögliche umfassende Handels- und Investitionspartnerschaft mög-

lichst bald wieder aufnehmen. Denn wenn wir unsere jeweiligen komparativen Stärken bündeln – die Innovationskraft und IT-Affinität der USA und die deutsche »excellence in industrial engineering« –, dann werden wir auch weiterhin auf absehbare Zeit weltweit tonangebend bleiben.

Diese gemeinsame Stärke gilt genauso im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Die NATO ist und bleibt das erfolgreichste, stärkste und einsatzfähigste Verteidigungsbündnis der Welt. Es hat über Jahrzehnte zu Frieden, Wohlstand und zur Sicherung unserer Werte beigetragen. Und trotz aller berechtigter Mahnungen an eine gerechtere Lastenteilung bleiben die Vereinigten Staaten uneingeschränkt engagiert im Bündnis. Dies haben nicht nur Verteidigungsminister Mattis und Außenminister Tillerson, sondern inzwischen auch Präsident Trump selbst verschiedentlich betont.

Und die Taten sprechen für sich: Nach dem Dienstantritt Trumps haben die USA im Rahmen der »Enhanced Forward Presence« und der »Operation Atlantic Resolve« signifikante Truppenrotationen in das östliche Bündnisgebiet verlegt, um unmissverständlich klarzustellen, dass die USA für die Sicherheit der Bündnispartner eintreten. Dies hat Präsident Trump bei seinem jüngsten Besuch in Warschau noch einmal in aller Deutlichkeit unterstrichen.

Unter dem Dach der NATO, aber auch im Rahmen der Anti-IS-Koalition sorgen wir gemeinsam und partnerschaftlich für Sicherheit und Stabilität in vielen Konfliktgebieten dieser Welt und sind gemeinsam engagiert, den grenzüberschreitenden islamistischen Terrorismus zu bekämpfen. Auch dies sind klare Zeichen dafür, dass die USA ihre ordnungserhaltende Stellung wahrnehmen.

Wann immer neue Krisen auftreten – in Nordkorea, im Südchinesischen Meer oder im Nahen und Mittleren Osten – die Blicke richten sich immer auf die USA, wenn es darum geht, für Stabilisierung und Krisenbewältigung zu sorgen. Trotz sich verschiebender Gewichte ist es nicht absehbar, dass sich dies in greifbarer Zukunft ändern wird. Und ich sehe auch niemanden, der bereit und in der Lage ist, diese Rolle zu übernehmen.

Dies ändert nichts an der Tatsache, dass die Europäische Union eine gewachsene Rolle und Verantwortung in der Welt hat und dass wir die außen- und sicherheitspolitischen Fähigkeiten der Europäischen Union konsequent stärken müssen. Genau dies hat Bundeskanzlerin Merkel zu Recht immer wieder betont. Und genau in diese Richtung gehen die Beschlüsse des letzten Europäischen Rates, mit dem erstmals eine sogenannte »Ständige Strukturierte Zusammenarbeit« im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beschlossen wurde.

Diese Entwicklung ist historisch. Denn die sogenannte »PESCO« ebnet den Weg für eine engere Zusammenarbeit in dem Bereich, der bis dato in vielen Feldern als Hoheitsbereich der Nationalstaaten begriffen wurde. In der engen Zusammenarbeit, in der effizienten Aufgabenverteilung und in der gemeinsamen Akquise

von Rüstungsgütern liegt das Potenzial zu einer deutlichen Steigerung der Effizienz und Schlagkraft. »More power for the dime« würden es unsere amerikanischen Freunde beschreiben. Und genau diesen Weg müssen wir gehen.

Es ist nicht nur unsere Pflicht, sondern es liegt auch in unserem eigenen Interesse, die Fähigkeiten zu haben, um eigenständig in unserer Nachbarschaft agieren zu können – mit den und ohne die Vereinigten Staaten von Amerika. Wenn der VN-Sicherheitsrat in Krisensituationen beschließt, Zwangsmaßnahmen nach Kapitel 7 der VN-Charta zur Wahrung von Frieden durchzusetzen, so ist es in unserem Interesse, wenn dies nicht nur durch die NATO oder eine von den Vereinigten Staaten von Amerika angeführte »Koalition der Willigen« durchgesetzt werden kann, sondern – wenn es angemessen erscheint – auch durch die Europäische Union oder eine von ihr angeführte Allianz.

Aber hierfür brauchen wir die Fähigkeiten und Strukturen. Und in diese Richtung müssen wir gehen. Dabei ist eine Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit nicht alternativ zur NATO, sondern komplementär. Sie ist im ureigenen Interesse nicht nur von uns, sondern von den Vereinigten Staaten. Auch dies hat Präsident Trump vor kurzem in Warschau erneut unterstrichen: »a strong Europe is a blessing to the West.« Denn ein starker europäischer Pfeiler der NATO würde auch jene Forderungen nach einem gerechten »burdensharing« erfüllen, die seitens der USA seit langem bestehen – nicht erst seit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten.

Vor diesem Hintergrund, aber gerade auch vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, halte ich das gemeinsam in Wales 2014 beschlossene Ziel für richtig, die Verteidigungsausgaben bis 2024 schrittweise in Richtung 2% des BIP zu erhöhen. Denn eine Steigerung der europäischen Fähigkeiten kann nur erfolgen, wenn Effizienzsteigerung und höhere Ausgaben Hand in Hand gehen.

Diesem Ziel haben sich beide deutschen Koalitionspartner 2014 verpflichtet. Es gibt keinen Grund, jetzt davon abzurücken, nur weil der amerikanische Präsident jetzt Donald Trump heißt. Dieses Ziel haben beide Koalitionspartner mit dem Haushaltsbeschluss 2017 auch mit Fakten untermauert, in dem der Verteidigungshaushalt signifikant erhöht wurde.

Das 20. Jahrhundert war sicherlich geprägt von einem großen Aufstieg der Vereinigten Staaten zur globalen Führungs- und Ordnungsmacht. Es war aber auch geprägt von der Überlegenheit des westlichen Wertesystems. Denn diese Werte, für die wir stehen – Freiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Schutz der Menschenrechte und – würde, Demokratie, Rechtsstaat und freie, offene Märkte – haben die Voraussetzungen für Wohlstand und Frieden geschaffen.

Wenn wir als transatlantisches Bündnis diese Werte weiter verteidigen, dafür eintreten und zugleich unser innovatives Potenzial erhalten, dann werden

auch die kommenden Jahrzehnte von diesem Wertesystem geprägt sein. Seine Anziehungskraft hat nicht eingebüßt.

Allerdings ist die Konkurrenz größer geworden. Und es sind eben nicht mehr die USA, die für alles auf der Welt gerade stehen. Der Satz »Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei.« ist gefallen. Ich will es so sagen: »Die Zeiten, in denen wir die Verantwortung bequem abgeben konnten, sind vorbei.«

Europa trägt eine größere Verantwortung. Deutschland trägt in Europa eine größere Verantwortung. An der Seite der Vereinigten Staaten. In einer multipolaren Welt.

Carlo Masala*

The Long and Winding Road: Über das lange Ende des amerikanischen Jahrhunderts

Ob das amerikanische Jahrhundert zu Ende geht, ist eine Frage, die sich viele politische Beobachter insbesondere seit der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA stellen. Und mit nur wenigen Ausnahmen wird die Frage mit Ja beantwortet. Auch der folgende Beitrag wird zu keiner anderen Antwort kommen. Er unterscheidet sich jedoch vom Mainstream der *America-in-decline*-Literatur insofern, als er den Abstieg der USA in der Weltpolitik – und somit das Ende des amerikanischen Jahrhunderts – nicht erst auf 2016 (und somit die Wahl Trumps), sondern bereits auf den Zeitraum zwischen 2002 und 2004 datiert. Donald Trump ist das hässliche Gesicht des amerikanischen Abstiegs, er ist jedoch nicht seine Ursache.

Bohrt man etwas tiefer, so stellt sich zunächst die Frage, was denn das amerikanische Jahrhundert ausmachte. Denn nur anhand der daraus gewonnenen Indikatoren lässt sich die Frage, ob ebendieses zu Ende geht, beantworten.

Das amerikanische Jahrhundert zeichnete sich zuvorderst durch die unglaubliche militärische und ökonomische Machtfülle der USA aus, die es ihnen ermöglichte, die Rolle eines wohlwollenden Hegemons, der kollektive Güter zur Verfügung stellt, einzunehmen. Durch ebendiese Bereitstellung von Kollektivgütern (zuvorderst Sicherheit und Wohlstand) konnten die USA überhaupt erst Hegemon sein und bleiben, waren also andere Staaten bereit, diesem Gefolgschaft zu leisten.

Ferner war das amerikanische Jahrhundert durch die Bereitschaft der USA charakterisiert, Führung auszuüben. Aus Eigeninteresse schufen die Vereinigten Staaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein auf Institutionen basierendes internationales System, das zwar in erster Linie ihren eigenen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen dienlich war, in dem sie sich jedoch zugleich selbst normative Fesseln anlegten und somit ihre Führung für andere Staaten akzeptabler machten.

Die Fähigkeit Führung auszuüben, die Bereitschaft zum Führen sowie die Akzeptanz amerikanischer Führung im internationalen System waren folglich die Kernelemente, die das amerikanische Jahrhundert kennzeichneten. Aber all dies geschah unter der Bedingung einer übergroßen (weil über Nuklearwaffen verfügenden) Bedrohung durch die imperiale Sowjetunion. Diese Bedrohung wirkte kohäsiv auf die USA und ihre Verbündeten und beförderte die Akzeptanz und damit die Möglichkeit amerikanischer Führung in

* Prof. Dr. Carlo Masala ist Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München.

der Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Sie war gleichsam das Fundament des amerikanischen Jahrhunderts.

Seit über 25 Jahren gibt es keine derartige Bedrohung mehr. Es gibt generell keine überragende Bedrohung für die Sicherheit der USA mehr. Dies soll nicht bedeuten, dass es nach dem Fall der Mauer keine Bedrohungen in der internationalen Politik mehr gibt: im Gegenteil. Man denke an Russland, den Aufstieg Chinas, den Islamischen Staat, den internationalen fundamentalistischen Terrorismus generell, nukleare Proliferation, Cybersicherheit, und es ließen sich noch einige hinzufügen, all dies sind Bedrohungen und Risiken, die heute zweifelsfrei existieren, aber keine von diesen ist für die Sicherheit und territoriale Integrität der USA von existenzieller Bedeutung.

Der Wegfall der überragenden Bedrohung hatte zur Folge, dass dem Hegemon heute die Gefolgschaft fehlt. Selbst wenn die USA in den vergangenen Jahren Führung ausgeübt haben, so sind sie doch immer öfters mit der Tatsache konfrontiert worden, dass ihnen die Gefolgschaft verweigert wurde. Ob es die Ablehnung des Irak-Krieges durch traditionelle europäische Verbündete in Europa war, die Enthaltung der Bundesrepublik Deutschlands im UN-Sicherheitsrat, einen militärischen Eingriff in Libyen völkerrechtlich zu legitimieren, oder die Weigerung Israels, trotz mehrerer amerikanischer Aufforderungen, den illegalen Siedlungsbau in den besetzten Gebieten zu stoppen. All dies sind sichtbare Zeichen dafür, dass die Bereitschaft, den USA zu folgen, selbst bei engen Verbündeten dramatisch gesunken ist. Wenn dem Hegemon jedoch die Gefolgschaft fehlt, wird es unmöglich dauerhaft konsensuale Führung auszuüben.

Dass die Verbündeten dem Hegemon nicht mehr folgen, liegt des Weiteren an der immer weniger vorhandenen Notwendigkeit, den historischen Kuhhandel von Partizipation an den vom Hegemon bereitgestellten kollektiven Gütern im Austausch gegen eine Einschränkung der außen- und sicherheitspolitischen Souveränität weiterhin zuzustimmen. Denn einer der paradoxen Effekte der Bereitstellung der kollektiven Güter durch die USA nach dem Zweiten Weltkrieg war die Tatsache, dass die amerikanischen Verbündeten in überproportionalem Maße von dieser Bereitstellung (im Vergleich zu den USA) profitierten. Die Notwendigkeit, an diesen Gütern zu partizipieren, ist nun gesunken. Und im Gegenzug sinkt die Bereitschaft des Hegemons, diese zur Verfügung zu stellen. Trumps (und vor ihm auch Obamas, Bushs und Clintons) Aufforderung an die NATO-Partner, mehr für Verteidigung zu zahlen, ist ein Ausdruck dieser fehlenden Bereitschaft, kollektive Güter zur Verfügung zu stellen. Ein weiterer ist die unter der aktuellen Administration sich vor unseren Augen vollziehende Kehrtwende weg vom Freihandel und hin zu mehr Protektionismus.

Dieser letzte Punkt (mögliche Abkehr vom Freihandel) verweist auf die Dimension der Führungsbereitschaft. Auch hier muss man feststellen, dass diese in

den USA gesunken ist. Aber auch hier gilt, dass Trump der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung ist, nicht aber seine Ursache. Nachdem bereits unter Barack Obama Führung eher aus der zweiten Reihe ausgeübt wurde (*»leading from behind«*), ohne zu realisieren, dass Führung aus der zweiten Reihe nicht nur semantisch, sondern auch realpolitisch ein Oxymoron ist, treibt die gegenwärtige Trump Administration diese Entwicklung dramatisch voran. *»America First«*, der Wahlkampfslogan, bedeutet nicht mehr aber auch nicht weniger, als dass die USA ihre Außen- und Sicherheitspolitik ausschließlich an ihrem nationalen Interesse (oder dem was die gegenwärtige Administration dafür hält) ausrichtet. In einem aufsehenerregendem Artikel im *Wall Street Journal* vom 30. Mai diesen Jahres haben der nationale Sicherheitsberater H.R. McMaster sowie der Direktor des National Economic Councils Gary Cohn mit großer Klarheit dargelegt, was sie unter *»America First«* verstehen. Aus dem Blickwinkel einer verzerrten und äußerst primitiven Form des Realismus betrachten beide (und wohl auch der Präsident) die internationale Politik als eine Arena, in der es nur Nullsummenspiele gibt. Das heißt, Kooperation mit Partnern und Verbündeten scheidet per se aus, da der Gewinn des einen immer der Verlust des anderen ist. Zwar betonen beide Autoren, dass sie die amerikanische Führung in der Welt wiederherstellen und zu diesem Zwecke auch mit Partnern und Verbündeten weiterhin eng kooperieren wollen, aber mit der Weltsicht, dass die globale Arena der Kampf aller gegen alle ist, ist ein solches Ansinnen nicht zu vereinbaren. Und die ausschließliche Ausrichtung auf US-Interessen trägt bereits Früchte. Der verkündete Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen, die Aufkündigung der bislang gehaltenen, prekären Balance zwischen den verschiedenen Akteuren auf der arabischen Halbinsel zugunsten Saudi-Arabiens und gegebenenfalls die Aufkündigung oder die Ankündigung zur Nachbesserung des mit Teheran mühsam ausgehandelten Nuklearabkommens, all dies verprellt Partner und Verbündete und dient ausschließlich dem, was die Trump Administration als amerikanische Interessen erachtet. Dass eine solche Politik, sollte sie in den nächsten vier Jahren fortgeführt werden, letzten Endes nicht zur Wiederherstellung amerikanischer Führung, sondern zur Isolierung der USA in der Weltpolitik, ja mehr noch, zur Gegenmachtbildung gegenüber ihnen beiträgt, kommt den Autoren des *Wall Street Journal* Beitrags nicht in den Sinn. Dabei lassen sich diese Gegenmachtbildungstendenzen in Ansätzen bereits beobachten. So rücken die EU und China in Handelsfragen immer näher zusammen, und China schwingt sich gar zum Hüter einer liberalen Weltwirtschaftsordnung auf.

Aus dem hier dargelegten folgt, dass die Bereitschaft, Führung in der internationalen Politik auszuüben, in den USA offenkundig nicht mehr vorhanden ist. Dies bedeutet nicht, dass die USA isolationistisch werden und sich gänzlich aus der Weltpolitik verabschieden, aber ohne Führungsbereitschaft wird der



Carlo Masala

Niedergang des amerikanischen Jahrhunderts nicht aufzuhalten sein und die nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA begründete und getragene liberale Weltordnung erodieren. Auch die vollmündige Ankündigung führender Vertreter der Trump-Administration, dass es bei »America First« im Kern um die Wiederherstellung amerikanischer Führung geht, vermag nicht über die Tatsache hinwegzutäuschen, dass unilaterales Handeln nicht Ausdruck von Führungswillen ist. Denn Führung, um es nochmal zu betonen, bedarf der freiwilligen Gefolgschaft. Um diese jedoch zu generieren, bedarf es kluger Kompromisse. Und zu diesen scheint die gegenwärtige Administration nicht bereit.

Somit können wir in einem ersten Zwischenfazit festhalten, dass es den USA an Führungswillen mangelt, dass traditionelle Partner und Verbündete nicht mehr bereit sind, den Vereinigten Staaten Gefolgschaft zu leisten sowie dass die Abwesenheit einer übergroßen Bedrohung die Kluft zwischen dem Architekten des amerikanischen Jahrhunderts und seinen Nutznießern immer größer werden lässt.

Wenn man sich nunmehr den Machtmitteln, dem entscheidenden Kriterium für die Führungsfähigkeit und die Bereitschaft der Geführten Gefolgschaft zu leisten, zuwendet, so ergibt sich ein differenziertes Bild. Militärisch sind die Vereinigten Staaten nach wie vor die überragende Macht auf diesem Planeten. Selbst die unter Präsident Obama 2012 verkündete Kürzung des Verteidigungshaushaltes um ca. 400 Mrd. Dollar bis 2022 würde, sollte sie in vollem Umfang vollzogen werden, den Etat der USA nur auf ein Niveau von vor 9/11 zurückführen, als der US-Verteidigungshaushalt noch immer um ein mehrfaches höher war als die Verteidigungshaushalte der anderen großen Staaten (Russland, China und alle EU-Staaten zusammengenommen).

Doch der Besitz militärischer Machtmittel ist im 21. Jahrhundert nicht mehr mit der Fähigkeit zur Durchsetzung eigener Interessen mittels der Androhung von Zwangsgewalt oder ihres Einsatzes gleichzusetzen. Sicher, für die Verteidigung des eigenen Territoriums vor einem umfassenden konventionellen Angriff braucht es auch weiterhin der Erhaltung gut ausgerüsteter und gut ausgebildeter Streitkräfte, für die Durchsetzung militärischer Interessen außerhalb des eigenen Territoriums sollte ihre Fähigkeit jedoch nicht überbewertet werden, wie die Beispiele der jüngsten Vergangenheit (Somalia, Irak, Afghanistan, Libyen) deutlich gezeigt haben. Für die Führung von konventionellen Kriegen gegen aufstrebende oder absteigende Großmächte (die alle über eine gesicherte nukleare Zweitschlagfähigkeit verfügen) werden sie nur dann gebraucht, wenn die Vernichtung des eigenen Territoriums bewusst in Kauf genommen wird. Dies erscheint in absehbarer Zukunft allerdings eher unwahrscheinlich.

Wendet man sich den ökonomischen Machtmitteln der Vereinigten Staaten zu, so ergibt sich das Bild einer vollausgebildeten multipolaren Welt, genauer gesagt,

einer tripolaren, mit den USA, China und den Staaten der Europäischen Union als annähernd gleich starke Akteure.

Somit ist es aus rein machtpolitischer Perspektive verfrüht, von einem Niedergang der USA zu sprechen, denn sie bleiben ein wichtiger Staat im internationalen System des 21. Jahrhunderts. Aber eben nur einer unter mehreren. Das amerikanische Jahrhundert geht somit trotzdem unweigerlich zu Ende, weil die Prinzipien und Normen sowie die davor gelagerten Institutionen (seien sie globaler oder regionaler Natur), die das amerikanische Jahrhundert ausgemacht haben, erodieren. Weil, zum einen, die Vereinigten Staaten nicht mehr in der Lage und willens sind, die Führung in diesem internationalem System zu ihren Lasten und zu Gunsten anderer zu übernehmen; Und, weil die ehemals Geführten (d.h. Partner und Verbündete) nicht mehr bereit sind, den USA Gefolgschaft zu leisten. Und nicht zuletzt auch, weil neue Mächte aufsteigen (insbesondere China), die gänzlich andere Vorstellungen von der Art und Weise haben, wie internationale Politik im 21. Jahrhundert betrieben werden soll.

Aus diesem Motivmix heraus muss abschließend die Feststellung getroffen werden, dass sich das amerikanische Jahrhundert tatsächlich dem Ende zuneigt, dass der Beginn dieses Prozesses jedoch bereits in den 1990er Jahren zu suchen ist und nicht erst, seit der twitternde Geschäftsmann mit der furchtbaren Frisur ins Weiße Haus eingezogen ist.

Galina Kolev*

Der transatlantische Handel als tragende Säule und Gefahr für die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten haben sich in den letzten Jahrzehnten stark intensiviert. Eine wesentliche Rolle spielte dabei zweifelsohne der transatlantische Warenhandel. Der Wert der gehandelten Waren hat sich seit Mitte der 1990er Jahre mehr als verdreifacht (vgl. Abb. 1). Allein in den letzten sechs Jahren ist ein Anstieg des Umsatzes im transatlantischen Warenhandel um fast 50% zu verzeichnen. Damit verbunden ist allerdings eine gewisse Asymmetrie in der Entwicklung der Warenexporte und -importe, die zunehmend für Kritik von Seiten der Vereinigten Staaten sorgt. Während die deutschen Warenexporte in die Vereinigten Staaten seit dem Jahr 2010 um 63% zulegen konnten, war in demselben Zeitraum bei den Warenimporten aus Übersee nur ein Anstieg von 28% zu verbuchen. Somit ist der deutsche Exportüberschuss in der Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten allein seit dem Jahr 2010 um das 2,4-fache auf knapp 50 Mrd. Euro im Jahr 2016 gestiegen. Was einst der Treiber der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten war, droht nun zu einem Konfliktpunkt zu werden, der nicht nur die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen gefährden, sondern auch den Freihandel als das Fundament des gesamten Welthandelssystems erschüttern könnte. Mehr denn je müssen daher Antworten auf die Frage nach den Ursachen und Konsequenzen des Handelsbilanzüberschusses gesucht werden. Eine potenzielle Erklärung für den Anstieg des Exportüberschusses bietet die Entwick-

lung des Euro-Dollar-Wechselkurses. Da allerdings die Euroabwertung seit dem Jahr 2014 insgesamt mit einer nahezu Seitwärtsbewegung des Exportüberschusses verbunden ist, dürften andere Faktoren eine entscheidende Rolle gespielt haben. Im Folgenden wird der Hypothese nachgegangen, dass der rasante Anstieg des Exportüberschusses Deutschlands seit 2010 der unterschiedlichen Dynamik der Marktgröße für wichtige Handelswaren in Deutschland und den Vereinigten Staaten zurückzuführen ist und somit eine natürliche Entwicklung darstellt.

Abbildung 2 bietet einen Überblick über die Entwicklung des Exportüberschusses in den wichtigsten Warengruppen. Insbesondere in den Bereichen der Automobilindustrie, des Maschinenbaus und der Pharmazeutischen Industrie hat sich in den letzten Jahren eine erhebliche Lücke zwischen den Exporten und den Importen Deutschlands geöffnet. In der Automobilindustrie ist der Exportüberschuss von 14,2 Mrd. Euro 2010 auf 22,5 Mrd. Euro im Jahr 2016 gestiegen. Somit machte der Exportüberhang von Kraftfahrzeugen und -teilen 2016 knapp 46% des gesamten Handelsbilanzüberschusses Deutschlands im Warenhandel mit den Vereinigten Staaten aus. Im Handel mit Maschinen hat sich der Überschuss von 6,0 Mrd. Euro im Jahr 2010 auf 11,8 Mrd. Euro im Jahr 2016 fast verdoppelt. Im Handel mit pharmazeutischen Erzeugnissen war im Jahr 2010 ein Defizit Deutschlands mit den Vereinigten Staaten von 1,4 Mrd. Euro zu verbuchen. Seit 2012 hat sich das Vorzeichen gedreht, und im Jahr 2016 lag der Exportüberschuss bei knapp 5,8 Mrd. Euro.

Abbildung 3 bietet eine Gegenüberstellung der Marktentwicklung und der Handelsströme im Bereich der Automobilindustrie. Das linke Diagramm stellt die entsprechenden indexierten Zeitreihen für den US-amerikanischen Markt dar. Die deutschen Autoexporte sind hierbei in US-Dollar umgerechnet. Die Nachfrage ist berechnet auf der Basis von VGR-Daten über die Entwicklung der privaten Konsumausgaben für Neuwagen und Ersatzteile (bis 2015 verfügbar) sowie der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Transportmittel. Diese Gegenüberstellung zeigt, dass die deutschen

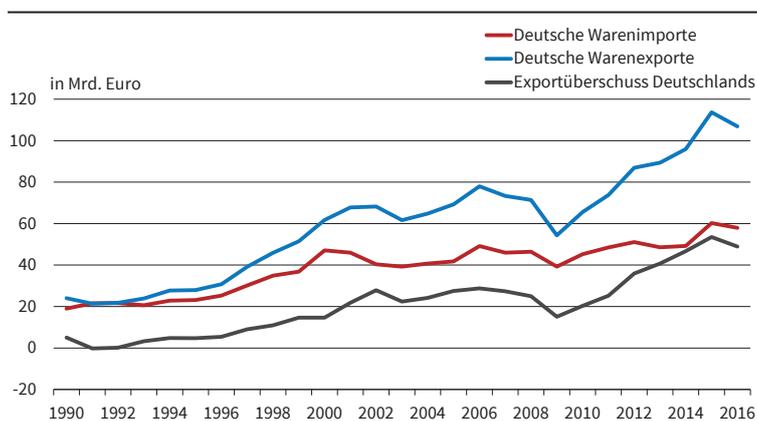
Autoexporte zwar stark von der Marktentwicklung in den Vereinigten Staaten profitiert haben, doch ein überproportionaler Anstieg der Umsätze deutscher Autoexporteure ist insgesamt nicht festzustellen. Wird der Zeitraum seit 2010 betrachtet, so ist ein unterproportionales Wachstum der deutschen Autoexporte zu beobachten. Um lediglich 61% haben die in US-Dollar gerechneten deutschen Autoexporte im Zeitraum 2010 bis 2015 zugelegt, während die Nachfrage nach Produkten der Autoindustrie in demselben Zeitraum um 79% anstieg. Hinter dem



Galina Kolev

* Dr. Galina Kolev ist Leiterin der Forschungsgruppe Gesamtwirtschaftliche Analysen und Konjunktur am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

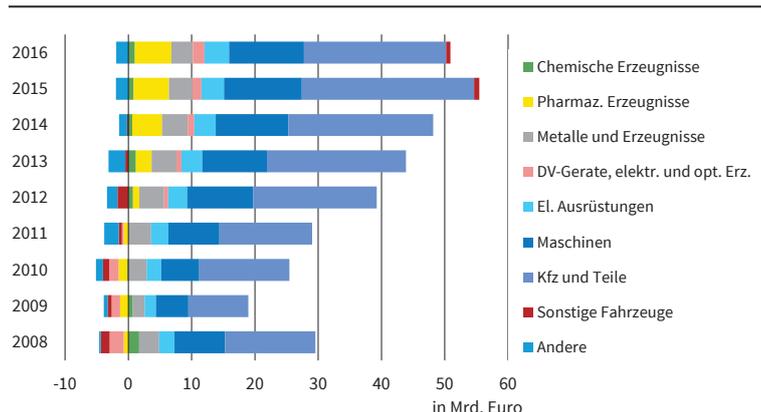
Abb. 1
Deutsch-amerikanischer Warenhandel



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln; Statistisches Bundesamt.

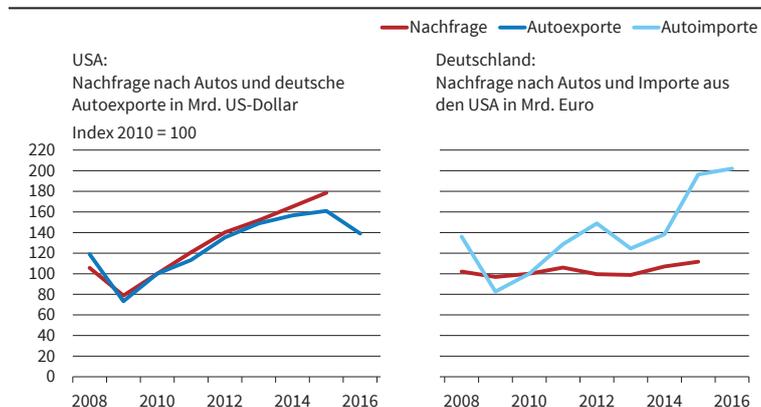
© ifo Institut

Abb. 2
Überschuss im Warenhandel mit den USA nach Warengruppen



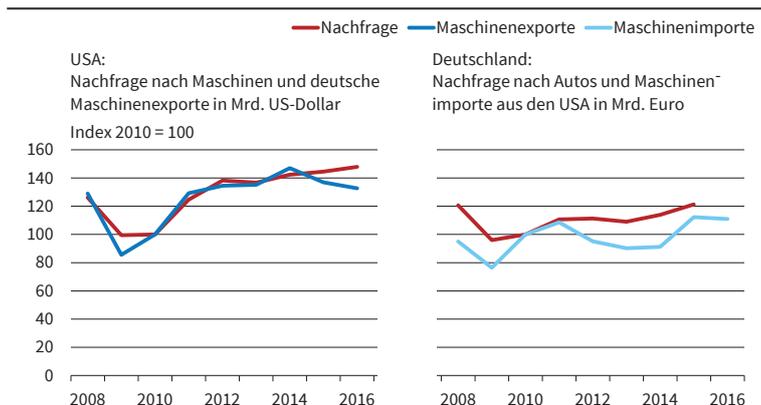
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln; Statistisches Bundesamt. © ifo Institut

Abb. 3
Transatlantischer Handel und Nachfrage nach Produkten der Automobilindustrie



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln; Bureau of Economic Analysis (BEA); Statistisches Bundesamt; Eurostat. © ifo Institut

Abb. 4
Transatlantischer Handel und Nachfrage nach Produkten des Maschinenbaus



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln; Bureau of Economic Analysis (BEA); Statistisches Bundesamt; Eurostat. © ifo Institut

derung 3. Die VGR-Daten unterscheiden sich hierbei etwas von diesen in den USA. Die Nachfrage enthält zum einen die Ausrüstungsinvestitionen in Fahrzeuge. Zum anderen wurden die Konsumausgaben aus dem Posten Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz verwendet, der kein perfektes Maß für die private Nachfrage nach Kraftfahrzeugen darstellt. Trotzdem dürfte die so gebildete Zeitreihe eine gute Approximation für die Marktentwicklung darstellen. Im Zeitraum 2010 bis 2015 ist die Nachfrage nach Produkten der Branche in Deutschland um lediglich 12% gewachsen. Die Importe aus den USA konnten hingegen in demselben Zeitraum fast verdoppelt werden, allerdings von einem vergleichsweise geringen Ausgangsniveau. Die Lücke zwischen Autoexporten und -importen Deutschlands in bzw. aus den Vereinigten Staaten widerspiegelt somit im Großen und Ganzen die jeweilige Marktentwicklung, die nach dem starken Einbruch im Krisenjahr in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren ausgesprochen positiver ausgefallen ist als in Deutschland. In der Gesamtbeurteilung zeigte der Wert der aus den Vereinigten Staaten importierten Kraftwagen (zum Teil deutscher Marken, s.u.) sogar eine überproportionale Entwicklung in Relation zur Nachfrage.

Ein ähnlicher Zusammenhang lässt sich auch für den Fall des transatlantischen Handels mit Produkten des Maschinenbaus feststellen. Das linke Diagramm in Abbildung 4 stellt die Entwicklung der Nachfrageentwicklung gegenüber, die durch die Ausrüstungsinvestitionen in Industrieanlagen approximiert wird. Beide Zeitreihen zeigen ein ähnliches Muster. Seit 2009 ist insgesamt ein Anstieg festzustellen, der vor allem auf die Erholung nach der Krisen zurückzuführen

Exportenerfolg deutscher Autohersteller in den Vereinigten Staaten steckt somit vornehmlich die positive Entwicklung des US-Automarktes im Zuge der Erholung nach der Wirtschaftskrise. Einen ähnlichen Zusammenhang zeigt auch das rechte Diagramm in Abbil-

ist. Insgesamt ist ein Anstieg der Investitionen in Industrieanlagen in den Vereinigten Staaten von etwa 48% im Zeitraum 2010–2016 festzustellen. Die deutschen Maschinenexporte konnten in demselben Zeitraum um etwa 33% zulegen. Ein Anstieg des Exportüberschusses

der Branche ist insbesondere seit dem Jahr 2009 zu beobachten, was nicht mit einem Zugewinn an Marktanteil deutscher Hersteller zu erklären ist, sondern vielmehr auf die Erholung und die Dynamik der Investitionstätigkeit in den Vereinigten Staaten zurückzuführen ist. In Deutschland verlief der Erholungsprozess eher gedämpft. Die Investitionstätigkeit zeigt eine nahezu Seitwärtsbewegung (vgl. Abb. 4, rechts), die insbesondere durch die hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit zu erklären ist (vgl. Grömling 2017).

Im Bereich der pharmazeutischen Industrie ist eine Gegenüberstellung der Handelsströme und der Entwicklung der Nachfrage wesentlich schwieriger. Vergleichbare Daten über die Marktentwicklung sind nicht vorhanden, und die Nachfrage setzt sich aus dem privaten Verbrauch von pharmazeutischen Erzeugnissen, deren Kosten zum Teil durch die Krankenversicherung gedeckt werden und somit in den Ausgaben der privaten Haushalte nicht enthalten sind, und der Nachfrage des Gesundheitssektors nach Pharmaprodukten. Im linken Diagramm von Abbildung 5 sind die deutschen Pharmaexporte sowie die Ausgaben der privaten Haushalte für pharmazeutische Produkte in den Vereinigten Staaten dargestellt. Über den gesamten Zeitraum betrachtet weisen beide Zeitreihen einen Aufwärtstrend auf, der im Fall des privaten Verbrauchs die Marktentwicklung sogar etwas unterschätzen dürfte. Insbesondere seit der Ausweitung des Krankenversicherungsschutzes durch Maßnahmen der Obama-Administration dürften die Ausgaben des staatlichen Sektors für Pharmaprodukte ein beschleunigtes Wachstum erfahren haben, für dessen Darstellung bislang keine verlässlichen Daten verfügbar sind. Doch allein der Anstieg der Ausgaben privater Haushalte zeigt, dass auch im Fall der Pharmaindustrie der Export nach Übersee im Wesentlichen durch die rapide Marktentwicklung in den Vereinigten Staaten vorangetrieben wurde. Die hohe Wirtschaftsleistung sowie das hohe Einkommensniveau in der größten Volkswirtschaft der Welt ermöglichen umfangreiche Gesundheitsausga-

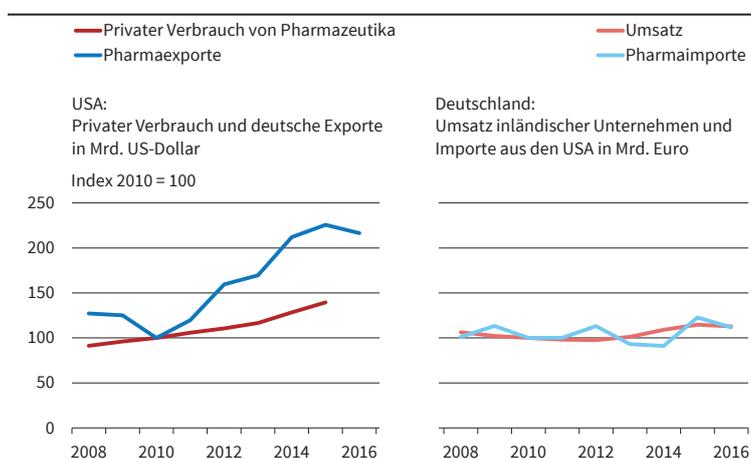
ben pro Kopf (vgl. Kirchhoff 2017). Die Pharmaimporte sind hingegen relativ konstant geblieben. Im rechten Diagramm in Abbildung 5 sind sie dem inländischen Umsatz deutscher Betriebe in der Bundesrepublik gegenübergestellt. Über den ganzen Zeitraum zeigen beide Zeitreihen eine nahezu Seitwärtsbewegung. Die Importe aus den USA haben somit eine ähnliche Entwicklung erfahren wie die Umsätze inländischer Unternehmen in Deutschland.

Die obige Analyse zeigt, dass der rapide Anstieg des Handelsbilanzüberschusses Deutschlands mit den Vereinigten Staaten seit 2010 im Wesentlichen das Ergebnis der Marktentwicklung in den beiden Ländern ist. Dies entspricht auch der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der beiden Länder nach der Wirtschaftskrise. Insbesondere die ungelösten Probleme im Euroraum und die damit verbundene Unsicherheit waren wichtige Faktoren, die die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland bremsen. In den Jahren 2012 bis 2015 lag das reale Wirtschaftswachstum im Durchschnitt bei 1,1%, während die US-Wirtschaft in demselben Zeitraum mit einem mehr als doppelt so hohen Tempo zulegen konnte.

Dass die deutsche Wirtschaft mehr in die Vereinigten Staaten exportiert, als sie von dort importiert, heißt nicht, dass deutsche Hersteller den amerikanischen Markt nur von Deutschland aus bedienen. Eine wesentliche Konsequenz des hohen Leistungsbilanzüberschusses Deutschlands ist der damit verbundene Kapitalexport und als Teil dessen die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland. Die Vereinigten Staaten sind ein großer Profiteur deutscher Direktinvestitionen. Im Jahr 2015 entfielen fast 28% der gesamten deutschen Direktinvestitionsbestände auf die größte Wirtschaft der Welt (vgl. Deutsche Bundesbank 2017). Das sind unter anderem Produktionsstätten, in denen Produkte deutscher Marken unter dem Einsatz amerikanischer Arbeitskräfte hergestellt werden. Gemäß der Direktinvestitionsstatistiken hängen etwa 840 000 Arbeitsplätze direkt von den Direkt-

investitionen deutscher Hersteller vor Ort ab. Gerade für die oft im Mittelpunkt der Diskussion stehende Autoindustrie sind einschlägige Daten verfügbar, die die Bedeutung der deutschen Autohersteller vor Ort unterstreichen. So fertigten deutsche Hersteller im Jahr 2016 etwa 850 000 Fahrzeuge in den USA, was knapp 7% der gesamten US-Produktion ausmacht (vgl. Kolev und Puls 2017). Die Produktion hochpreisiger SUVs ist stark in den Vereinigten Staaten konzentriert, da dort auch der größte Absatzmarkt weltweit liegt. Mehr als die Hälfte davon werden dann exportiert, zum Teil auch nach Deutschland. Allerdings

Abb. 5
Transatlantischer Handel und Indikatoren für die Entwicklung des Pharmamarktes



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln; Bureau of Economic Analysis (BEA); Statistisches Bundesamt; Eurostat.

© ifo Institut

sind Autos made in the USA auf den Straßen Europas nicht an dem Logo zu erkennen – der größte Exporteur von Autos aus den Vereinigten Staaten, BMW, hat seinen Konzernsitz in Deutschland. Zum anderen ist auch zu bedenken, dass die deutschen Autobauer ihre Stärke insbesondere in dem Premium-Segment haben, bei dem der Wert der angebotenen Produkte ausreichend Spielraum bietet, um die Produkte in Deutschland herzustellen und sie von hier aus in die USA unter Inkaufnahme hoher Transportkosten zu exportieren. Diese Produkte sind auch weniger abhängig von konjunkturellen Schwankungen, was sich insbesondere in Krisenzeiten als ein wichtiger Vorteil erweist. Die in Deutschland verkauften Produkte amerikanischer Autohersteller (etwa die Marken Ford und Opel / General Motors) sind hingegen zu einem geringeren Anteil in das Premium-Segment einzuordnen, so dass bei diesen Produkten die hohen Transportkosten einen erheblichen Preisaufschlag bedeuten würden und somit eine Produktion nahe des Marktes wesentlich profitabler ist. Dies impliziert einen geringeren Importanteil, aber auch eine höhere Krisenanfälligkeit der Absatzentwicklung.

Die Bedeutung deutscher Hersteller für den US-amerikanischen Standort ist somit nicht unbedingt an den Handelszahlen zu messen. Doch diese unterstreichen die starke wirtschaftliche Verflechtung der deutschen und US-amerikanischen Wirtschaft, die das Ergebnis einer langen Tradition ist und von der sowohl Deutschland als auch die Vereinigten Staaten stark profitieren. Die sich seit der Wahl des neuen US-Präsidenten Donald Trump zuspitzende Debatte über die Neueinführung protektionistischer Maßnahmen stellt das Fundament dieser wirtschaftlichen Verflechtung in Frage und hat zudem auch kontraproduktive Wirkung in Bezug auf die Schließung der Lücke zwischen Exporten und Importen in Deutschland. Solange die Gefahr eines neuen Protektionismus besteht und die globale wirtschaftspolitische Unsicherheit auf einem hohen Niveau bleibt, dürfte die Investitionsentwicklung und somit die Importnachfrage in Deutschland gedämpft bleiben. Die Marktentwicklung, die gemäß der obigen Analyse eine treibende Kraft des Exportüberschusses Deutschlands mit den Vereinigten Staaten darstellt, kann unter diesen Bedingungen kaum eine Schließung der Lücke begründen.

LITERATUR

Deutsche Bundesbank (2017), *Bestandserhebung über Direktinvestitionen*, Statistische Sonderveröffentlichung 10, April 2010, Frankfurt am Main.

Grömling, M. (2017), »Globale Investitionsflaute infolge eskalierender Unsicherheiten«, *Wirtschaftsdienst* 97 (1), 72–74.

Kirchhoff, J. (2017), *Exportschlager Gesundheit Wachstumstreiber Schwellenländer?*, IW-Report 6, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.

Kolev, G. und Th. Puls (2017), *Trumponomics und die deutsche Autoindustrie*, IW-Kurzbericht 9, Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.

Stormy-Annika Mildner und Julia Howald***

Business as Usual? Die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen unter Präsident Trump

Es ist nur wenige Tage her, dass sich die Staats- und Regierungschefs der Gruppe der 20 (G 20) unter deutschem Vorsitz zum Gipfel in Hamburg getroffen haben. Unter dem Motto »eine vernetzte Welt gestalten« verhandelten Vertreter der 19 wirtschaftlich und politisch mächtigsten Länder der Welt und der EU über Klima- und Energiefragen, Handelspolitik, Finanzmarktregulierung, Fragen der Digitalisierung, Gesundheit sowie Bildungs- und Beschäftigungsthemen. Die Verhandlungen waren schwierig – nur mit Mühe verständigten sich die G-20-Mitglieder auf eine gemeinsame Erklärung zu Handel und Investitionen. Beim Thema Klimawandel bestätigten 19 G-20-Mitglieder, das Pariser Klimaabkommen umsetzen zu wollen; die USA gehören nicht dazu. Es ist dem diplomatischen Geschick der deutschen Bundesregierung zu verdanken, dass sich die G-20-Mitglieder überhaupt auf Kompromisse einigten. *Global Governance* ist schwieriger geworden. Der lange als sicher geglaubte Konsens bröckelt. Nicht selten stehen dabei die USA auf der einen, Deutschland und die EU auf der anderen Seite.

Deutschland und die USA – die beiden Länder verbindet nicht nur eine enge historische Beziehung, sondern auch eine tiefe Freundschaft und Wertegemeinschaft. Insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelten sich die Vereinigten Staaten schnell vom Besatzer zum engen Verbündeten. Mit dem Marshall-Plan ermöglichten sie Deutschland eine friedliche, freie und nachhaltige Entwicklung. Die deutsch-amerikanische Freundschaft als Eckpfeiler der transatlantischen Beziehungen war ein elementarer Teil der Nachkriegsordnung, geprägt durch NATO, Europäische Integration und offene globale Märkte. Ende 2016 lebten rund 114 000 US-Amerikaner in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2017a). In den USA selbst sind laut offiziellen Angaben gut 14% der Bevölkerung deutscher Abstammung (U.S. Census Bureau 2017).

Trotz des engen historischen Verhältnisses und der wirtschaftlichen Verflechtungen waren die transatlantischen Beziehungen nicht immer frei von Konflikten. Der Irak-Krieg unter Präsident George W. Bush in Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 belastete das Verhältnis deutlich. Die Wahl von Barack Obama zum 44. Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahr 2008 schien einen Neustart der Bezie-

* Dr. Stormy-Annika Mildner ist Leiterin der Abteilung Außenwirtschaftspolitik des BDI und B20-Sherpa.

** Julia Howald ist Referentin in der Abteilung Außenwirtschaftspolitik des BDI.

hungen zu versprechen, war jedoch gerade zu Beginn großen Belastungen durch die NSA-Spionage-Affäre ausgesetzt. Mit Kanzlerin Angela Merkel pflegte Präsident Obama schließlich jedoch eine enge Beziehung, geprägt durch gemeinsame Positionen in der Klima- und Energiepolitik, der (internationalen) Wirtschaftspolitik und der Sicherheitspolitik. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sollte die EU und die USA noch näher zusammenbringen. Seit Juli 2013 verhandelten die transatlantischen Partner über den Abbau von Zöllen, eine engere Kooperation in Regulierungsfragen, die gegenseitige Öffnung der Vergabemärkte und Investitionsschutz.

TTIP liegt mittlerweile auf Eis. Es kriselt in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Daran ändern auch die gegenseitigen Willensbekundungen, die Verhandlungen wieder aufnehmen zu wollen, nichts. Trump will die Interessen der USA aggressiver durchsetzen; sein Credo ist »America first«. Er setzt auf »fairen Handel« und »Reziprozität«, um so ein »Level Playing Field« für US-amerikanische Produzenten und Arbeitnehmer zu schaffen. Ob Handel fair ist, wird an bilateralen Handelsbilanzen gemessen. Trump hat die Bundesregierung wiederholt für den deutschen Handelsbilanzüberschuss kritisiert. Auch Barack Obama waren die deutschen Überschüsse ein Dorn im Auge. Er hatte aber auf makroökonomische Maßnahmen und einen geordneten Prozess unter dem Dach des Internationalen Währungsfonds (IWF) gesetzt und von Deutschland mehr Investitionen und Förderung des heimischen Konsums gefordert. Trump scheint sich hingegen nicht zu scheuen, ins handelspolitische Arsenal zu greifen, und riskiert damit ernste Konflikte mit seinen Handelspartnern.

AKTUELLE KONFLIKTPUNKTE ZWISCHEN DEN USA UND DER EU

Kritik am deutschen Handelsbilanzüberschuss

Schon Mitte Januar, noch vor Amtsantritt, forderte Trump in einem Interview mit der Bild-Zeitung, die Deutschen sollten mehr US-amerikanische Autos kaufen. Ende Januar warf Peter Navarro, Leiter des inzwischen neu gegründeten »Office of Trade and Manufacturing Policy« im Weißen Haus, Deutschland vor, die USA sowie andere EU-Länder mit Hilfe eines massiv unterbewerteten Euro auszubeuten (vgl. Donnan 2017). Beim Treffen mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Ratspräsident Donald Tusk im Mai in Brüssel kritisierte Trump erneut den deutschen Handelsbilanzüberschuss. Beim Wirtschaftstag des CDU-Wirtschaftsrats Ende Juni war US-Wirtschaftsminister Wilbur Ross per Video zugeschaltet. Er und Bundeskanzlerin Merkel sprachen sich überraschend deutlich für die Wiederaufnahme der TTIP-Verhandlungen aus. Ross betonte aber auch, dass ein Abkommen nötig sei, um über Handelsbilanzüberschüsse der EU mit den USA zu sprechen. Die EU

habe Abkommen mit Kanada und Mexiko, jedoch nicht mit den USA (vgl. *Tagesschau.de* 2017).

Deutschland hatte 2016 mit den USA laut dem Statistischen Bundesamt einen Handelsbilanzüberschuss im Warenhandel in Höhe von 49,0 Mrd. Euro (Statistisches Bundesamt 2017b). Der Überschuss ist zwar im Vergleich zum Vorjahr (53,5 Mrd. Euro) gesunken (Statistisches Bundesamt 2016). Auf der Liste der Länder mit den größten Überschüssen im Warenhandel gegenüber den USA steht Deutschland dennoch auf Platz 4 (U.S. Bureau of Economic Analysis 2017). Die EU hatte insgesamt einen Handelsbilanzüberschuss mit den USA in Höhe von 114,3 Mrd. Euro (Europäische Kommission 2017a).

Am 31. März 2017 erließ Trump eine *executive order*, die das Wirtschaftsministerium und das Büro des US-Handelsbeauftragten (United States Trade Representative, USTR) beauftragt, innerhalb von 90 Tagen einen umfassenden Bericht über die Handelspraktiken der US-amerikanischen Handelspartner zu erstellen (*Omnibus Report on Significant Trade Deficits*). Darin sollen Faktoren geprüft werden, die möglicherweise zum Handelsbilanzdefizit der USA beitragen, darunter Betrug oder unangemessenes Verhalten von Handelspartnern, Freihandelsabkommen, die nicht zu den vorhergesagten Effekten geführt haben, mangelnde Durchsetzung von Handelsregeln seitens der USA, Währungsmanipulation oder auch strukturelle Faktoren. Der Fokus liegt auf dem Waren- und nicht dem Dienstleistungshandel. In der *executive order* beklagt Trump, dass die USA nicht in vollem Umfang von ihren bilateralen Handelsabkommen und ihrer WTO-Mitgliedschaft profitiert hätten. Freier und fairer Handel sei jedoch entscheidend für den Wohlstand und die nationale Sicherheit des Landes. Darüber hinaus sei es im wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interesse des Landes, den Handel zu fördern, indem die Beziehungen mit Handelspartnern gestärkt würden, US-Handelsrecht rigoros durchgesetzt werde, die grundlegenden Bedingungen für Wettbewerb und Handel verbessert würden und die Stärke der industriellen Basis sowie der Rüstungsindustrie gesichert werde (The White House 2017a).

Beim G-7-Gipfel im sizilianischen Taormina Ende Mai verständigten sich Deutschland und die USA darauf, eine Arbeitsgruppe zu Leistungsbilanzüberschüssen zu gründen. Der Konflikt ist damit allerdings nicht vom Tisch.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die deutsche Exportwirtschaft in der Tat derzeit von einem niedrigen Eurokurs profitiert. In Deutschland und anderen EU-Ländern sind jedoch weder Währung noch Löhne und Preise politisch gesteuert, um den Export zu stützen. Der deutsche Handelsüberschuss mit den USA beruht nicht auf handelspolitischen Maßnahmen oder einem manipulierten Wechselkurs. Vielmehr ist er auf strukturelle Faktoren wie eine alternde Gesellschaft mit hoher Sparneigung und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportgüter zurückzuführen. Zudem expor-



Stormy-Annika Mildner



Julia Howald

tieren deutsche Unternehmen nicht nur viele Waren in die USA. Gleichzeitig fließt viel deutsches Kapital in das Land. Deutsche Unternehmen schaffen Arbeitsplätze in den USA und tragen zur Aus- und Weiterbildung bei. Sie sind zudem eine wichtige Stütze US-amerikanischer Exporte.

Zölle zum Schutz der nationalen Sicherheit

Ein Sektor, der der Administration besonders wichtig ist, ist die Stahlindustrie. Trump macht die chinesischen Überkapazitäten in der Stahlproduktion dafür verantwortlich, dass die Preise für Stahl deutlich gesunken sind und die US-Stahlindustrie Werke schließen und Arbeiter entlassen musste.

Am 20. April 2017 wies der Präsident den US-Wirtschaftsminister per Memorandum an, eine Untersuchung zu Stahlimporten durchzuführen. Der Wirtschaftsminister soll gemäß Abschnitt 232 des *Trade Expansion Act of 1962, as amended* der Frage nachgehen, ob Stahlimporte die nationale Sicherheit gefährden (The White House 2017b; Bureau of Industry and Security 2017a). Laut den Regeln der WTO (Artikel XXI des GATT) ist es WTO-Mitgliedern erlaubt, handelsbeschränkende Maßnahmen zu ergreifen, um ihre nationale Sicherheit zu garantieren. Abschnitt 232 legt diese Erlaubnis für das US-Handelsrecht aus und definiert entsprechende Maßnahmen. Falls der Wirtschaftsminister in seiner Untersuchung zum Ergebnis kommt, dass dies der Fall ist, kann der Präsident den Import von Stahl einschränken. Für die Untersuchung hat das Wirtschaftsministerium (Department of Commerce, DOC) maximal 270 Tage Zeit. Dazu verfasst das Bureau of Industry and Security, das dem DOC untergeordnet ist, einen entsprechenden Bericht. Im Anschluss wird der Bericht an den Kongress übermittelt. Der Präsident entscheidet innerhalb von 90 Tagen, ob er der Einschätzung des Wirtschaftsministers zustimmt und ob importbeschränkende Maßnahmen ergriffen werden sollen, und begründet seine Entscheidung innerhalb von 30 Tagen gegenüber dem Kongress (Bureau of Industry and Security 2017b). Am 27. April initiierte Trump per Memorandum eine weitere Untersuchung dieser Art zu Aluminiumimporten (The White House 2017c).

Seit der Gründung der WTO hatte es nur zwei Untersuchungen gemäß Abschnitt 232 des *Trade Expansion Act of 1962* gegeben, von denen keine zu Maßnahmen geführt hatte. Bei einem Treffen seines Kabinetts am 12. Juni kündigte Trump zudem einen baldigen Gesetzentwurf (*major legislation*) an, um gegen das Dumping von Stahl und Aluminium vorzugehen, ohne jedoch weitere Details zu nennen.

Nicht jeder ist jedoch glücklich mit den Abschnitt-232-Untersuchungen; auch aus den eigenen Reihen gibt es Kritik. Mehrere Behörden haben Sorge über den Umfang der Untersuchungen geäußert, darunter das Finanzministerium, der National Economic Council und das Verteidigungsministerium. Auch seitens der Wirtschaft gibt es Kritik. Zölle bedeu-

ten höhere Preise für Vorleistungen und treffen damit nachgelagerte Industrien. Besorgt sind viele Unternehmen auch, da das Vorgehen der USA andere Länder dazu bewegen könnte, ebenfalls protektionistische Maßnahmen auf der Basis nationaler Sicherheitsbedenken zu ergreifen (vgl. Leonhard 2017).

Laut Medienberichten schickte die Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries Ende Juni einen Brief an ihren US-amerikanischen Amtskollegen Wilbur Ross, in dem sie sich über drohende Strafzölle auf Stahl aus Deutschland und Europa im Rahmen der Untersuchungen beschwerte. Eine Entscheidung der USA, solche Strafzölle aus Gründen der nationalen Sicherheit zu verhängen, nannte sie »auch über den Einzelfall hinaus problematisch« und »nicht gerechtfertigt«. Ebenso warnte sie: »Eine Vielzahl weiterer Länder könnte dies als Einladung verstehen, Märkte aus Gründen der nationalen Sicherheit abzuschotten.« Ross sollte eigentlich einige Tage später nach Deutschland reisen, um unter anderem Zypries zu treffen, sagte seine Reise jedoch kurzfristig ab (vgl. Wiening 2017). Sollten die USA tatsächlich Maßnahmen ergreifen und die Importe von Stahl und Aluminium einschränken, wäre es fraglich, ob diese vor einem WTO-Streitschlichtungspanel Bestand hätten. Kurz vor dem G-20-Gipfel warnte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in ungewöhnlich scharfem Ton, sofortige Gegenmaßnahmen ergreifen zu wollen, sollten die USA Schutzzölle zur Wahrung der nationalen Sicherheit verhängen.

Stahl war ein wichtiges Thema beim G-20-Gipfel in Hamburg. Die Staats- und Regierungschefs stimmten überein, dass sich Überkapazitäten bei Stahl negativ auf Produktion, Handel und Beschäftigte auswirken, und verständigten sich darauf, noch enger zusammenzuarbeiten und nach Lösungen zu suchen. Vor allem forderten sie die Mitglieder des *Global Forum on Steel Excess Capacities*, wie beim G-20-Gipfel in Hangzhou 2016 vereinbart, auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen, bis August mehr Informationen zur Stahlproduktion zu teilen. Insbesondere China hat noch nicht ausreichend geliefert. Zudem einigten sie sich auf einen klareren Fahrplan. Bis November 2017 soll ein weiterer Bericht mit Lösungsvorschlägen vorgelegt werden. 2018 soll ein Bericht Auskunft über deren Umsetzung geben. Ob der Trump-Administration dieser Kompromiss ausreicht, wird davon anhängen, wie er in der Praxis gelebt werden wird. Nur wenige Tage nach dem G-20-Gipfel kündigte der Präsident erneut Stahlzölle an.

Einsatz handelspolitischer Schutzinstrumente

Beim G-20-Gipfel in Hamburg bekannten sich die Staats- und Regierungschefs zu offenen Märkten und erteilten dem Protektionismus eine Absage, einschließlich aller unfairer Handelspraktiken (wobei diese nicht genauer definiert wurden). Dabei unterstrichen sie die Rolle legitimer handelspolitischer Schutzinstrumente (ebenfalls nicht genauer definiert).

Nicht immer ist der Wettbewerb auf den Weltmärkten fair. Für solche Fälle erlaubt das Regelwerk der WTO ihren Mitgliedern, Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören Antidumping- und Antisubventionsmaßnahmen. Beides ist im nationalen Recht der USA verankert. Handelspolitische Schutzinstrumente sind ein wichtiges Instrument, um faire Wettbewerbsbedingungen zu sichern. Auch die EU wendet sie häufig an. Allerdings kommt es darauf an, wie sie umgesetzt werden. Nicht immer ist ihre Anwendung WTO-konform. Es kommt daher durchaus vor, dass sie vor der WTO von dem beklagten Land angefochten werden – und dass dieses gewinnt.

Die USA gehören zu den aktivsten Nutzern handelspolitischer Schutzinstrumente unter den WTO-Mitgliedern. Zwischen dem 1. Januar 1995 und dem 30. Juni 2016 zählte die WTO insgesamt 5 132 Antidumping-Untersuchungen, von denen die Vereinigten Staaten 593 (11,6%) initiiert haben. Im selben Zeitraum haben die WTO-Mitglieder 3316 Antidumping-Maßnahmen gemeldet, von denen 368 (11,1%) auf die USA entfallen. Damit sind die USA der zweithäufigste Nutzer von Antidumping-Maßnahmen in diesem Zeitraum, nach Indien mit 599 Maßnahmen und gefolgt von der EU mit 310 Maßnahmen. Von den 368 Maßnahmen der USA richtet sich die große Mehrheit – 107 Maßnahmen – gegen China, gefolgt von Japan (23), Taiwan (22) und Korea (21). Insbesondere betreffen die Maßnahmen Chemikalien und Pharmazeutika sowie Eisen und Stahl (WTO 2017).

Zurzeit (Stand: 29. Juni 2017) laufen 39 Antidumping- und Antisubventions-Untersuchungen bei der U.S. International Trade Commission (USITC) (2017). Üblicherweise wird die USITC auf Antrag eines Unternehmens oder eines Verbandes aktiv und leitet eine Untersuchung ein. Die Trump-Administration hat jedoch angekündigt, häufiger auf eigene Initiative aktiv werden zu wollen. Vor Amtsantritt von Donald Trump waren 3,8% der US-amerikanischen Importe von Handelsrestriktionen betroffen. Der größte Teil davon betraf China. Durch die neuen Aktivitäten, die bereits in den Sektoren Stahl, Aluminium, Holz und Solarzellen initiiert wurden, könnte sich der Anteil der betroffenen Importe auf 7,4% der Gesamtimporte verdoppeln. Diese neuen Handelsbarrieren würden überproportional nicht China, sondern andere Handelspartner treffen. Während der betroffene Anteil an den Gesamtimporten aus China von 9,2% (2016) auf 10,9% (2017) steigen würde, würde sich der Anteil der von Maßnahmen betroffenen Importe an den Gesamtimporten der restlichen Handelspartner im selben Zeitraum fast verdreifachen, von 2,2% auf 6,4%. Davon wären auch Deutschland und andere Mitgliedstaaten der EU betroffen. Für Deutschland würde der Anteil von 0,5% auf 3,4% steigen. Der Grund liegt darin, dass chinesische Importe bereits durch zahlreiche Zölle belastet sind, während die neuen Handelsbarrieren vor allem die übrigen Handelspartner betreffen (vgl. Bown 2017, S. 3–4; USTR 2017).

Im April 2016 hatten US-Stahlproduzenten Klage bei der USITC gegen Importe von Grob- und Bandblech eingereicht. Im Mai 2017 veröffentlichte die USITC ihren finalen Untersuchungsbericht. Darin kommt sie zum Schluss, dass US-Produzenten durch Importe aus acht Ländern, darunter Deutschland, Schaden genommen hätten. Importe der deutschen Unternehmen Dillinger Hütte und Salzgitter AG waren bereits zuvor mit Antidumping-Zöllen in Höhe von 5,38 bzw. 22,9% belegt worden (vgl. International Trade Commission 2017; International Trade Administration 2017). Beide Unternehmen weisen den Vorwurf, Dumping zu betreiben, zurück. Auch der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel hat die Antidumping-Zölle kritisiert. Die Berechnungen der US-Behörden seien nicht im Einklang mit den WTO-Regeln erfolgt. Er rief die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström in einem Brief dazu auf, dies an die US-Regierung heranzutragen (vgl. Auswärtiges Amt 2017).

Border Adjustment Tax

Ein weiteres Thema, das europäischen Unternehmen Sorge bereitet, ist die mögliche Einführung einer sogenannten *Border Adjustment Tax* (BAT). Präsident Trump hat eine umfassende Steuerreform angekündigt mit dem Ziel, die Steuerbelastung der Unternehmen in den USA deutlich zu senken. Der republikanische Sprecher des Repräsentantenhauses, Paul Ryan, hat bereits 2016 vorgeschlagen, sinkende Steuereinnahmen, die durch die Steuersatzsenkung entstehen würden, durch einen steuerlichen Grenzausgleich (*Border Adjustment*) zumindest teilweise zu kompensieren. Güter und Dienstleistungen, die für den Konsum in den USA bestimmt sind, würden einer Besteuerung in Höhe von 20% unterworfen, unabhängig von ihrem Ursprung. Aufwendungen für sämtliche Importe könnten steuerlich nicht mehr abgesetzt werden und würden die steuerliche Bemessungsgrundlage erhöhen. Dieses Abzugsverbot würde wie eine Einfuhrsteuer im Bestimmungsland USA wirken. Exporte wären dagegen von der US-Besteuerung befreit – in der Wirkung wäre dies wie eine Exportförderung.

Die möglichen Auswirkungen der BAT auf den Außenhandel sind schwer zu bemessen: Deutsche Bank Research prognostiziert deutliche Nachfrageschiebungen und Veränderungen grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten (vgl. Peters, Rakau und Schneider 2017). Die handelsumlenkenden Effekte der BAT könnten sich langfristig jedoch auch teilweise wieder aufheben, wie einige Experten vermuten: Denn durch die BAT ist eine starke Aufwertung des US-Dollar zu erwarten. Diese rührt unter anderem daher, dass geringere Exportkosten zunächst zu einer höheren US-Produktnachfrage im Ausland führen würden.¹ Der Währungseffekt wiederum würde steigende US-Net-

¹ Wir rechnen zudem damit, dass der US-Dollar aufgrund anderer Faktoren (Zinserhöhungen der Fed, *deficit spending* in den USA und u.U. eine weiterhin laxen Geldpolitik der EZB) aufwerten wird.

toimporte bzw. sinkenden US-Nettoexporte nach sich ziehen.

Die konkrete Betroffenheit einzelner deutscher Unternehmen hängt dabei stark von der Wertschöpfung und dem Importanteil ab: Ausländische Exporteure mit geringen US-amerikanischen Wertschöpfungsanteilen wären stärker betroffen als solche, die in höherem Maße in den USA produzieren.

Trump selbst hatte sich in der Vergangenheit eher skeptisch gegenüber dem Vorschlag der BAT geäußert und diesen als zu kompliziert bezeichnet. Insbesondere im Senat ist die republikanische Partei in der Frage einer Grenzausgleichssteuer gespalten. Das Repräsentantenhaus hat sich bisher eher ablehnend gezeigt. Auch aus der Wirtschaft weht Trump Gegenwind entgegen. Die Initiative »Americans for Affordable Products« (dt.: Amerikaner für bezahlbare Produkte), zu der viele Einzelhändler gehören, spricht sich beispielsweise gegen die BAT aus.

Ob eine BAT jemals in Kraft gesetzt wird, ist daher eher fraglich. Sollte sie jedoch umgesetzt werden, wäre dies ein herber Schlag für deutsche Unternehmen, die in die USA exportieren.

DIE TRANSATLANTISCHE WIRTSCHAFT BLEIBT STARK

In den politischen Beziehungen kriselt es – aber die wirtschaftlichen Beziehungen sind stark. Für die meisten deutschen Unternehmen sind sie noch *Business as usual*, wenn auch mit größeren Unsicherheiten verbunden.

Im vergangenen Jahr waren die EU und die USA füreinander der wichtigste Handelspartner. Nach Angaben der EU-Kommission importierte die EU Waren im Wert von 247,8 Mrd. Euro aus den USA. Dies entspricht einem Anteil von 14,5% an den Gesamtimporten der EU. Die europäischen Warenexporte in die USA beliefen sich auf 362,2 Mrd. Euro, was einem Fünftel (20,8%) aller EU-Exporte entspricht. Das Handelsvolumen zwischen den beiden Partnern betrug 610,0 Mrd. Euro. Im täglichen Durchschnitt überquerten somit Waren im Wert von 1,7 Mrd. Euro den Atlantik (vgl. Europäische Kommission 2017a).

Für Deutschland waren die USA 2016 der dritt-wichtigste Handelspartner insgesamt und wichtigster Exportmarkt im Warenhandel. So machten die Exporte in die USA 8,9% der deutschen Ausfuhren aus. Aus Sicht der USA lag Deutschland als Zielland für Exporte mit einem Anteil von 3,4% auf dem sechsten Platz (vgl. U.S. Bureau of Economic Analysis 2017).

EU und USA handeln nicht nur viel miteinander. Ihre Unternehmen sind auch die mit Abstand wichtigsten Investoren im jeweils anderen Markt. Die Bestände US-amerikanischer ausländischer Direktinvestitionen (ADI) in der EU betragen 2015 2 436,4 Mrd. Euro. Die Bestände europäischer ADI in den USA waren mit 2 561,2 Mrd. Euro sogar noch etwas höher (vgl. Europäische Kommission 2017b).

Die Vereinigten Staaten sind das wichtigste Zielland für deutsche Direktinvestitionen im Ausland. Deutsche Investoren haben in den USA 255 Mrd. Euro investiert (Investitionsbestände für 2015). Auf der Rangliste der wichtigsten Herkunftsländer für ADI liegt Deutschland damit auf Platz sieben. Deutsche Unternehmen in den USA leisten einen wichtigen Beitrag zur US-Wirtschaft – zum Wirtschaftswachstum, zu den Exporten, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Ausbildung. Deutsche Unternehmen beschäftigen in den USA rund 672 000 Arbeitnehmer. Damit sind sie der dritt-wichtigste ausländische Arbeitgeber in den USA (nach dem Vereinigten Königreich und Japan, vgl. RGIT 2017). Beispielsweise hat BMW mit seinen Investitionen in Spartanburg (South Carolina) 9 000 Arbeitsplätze in Spartanburg selbst und zusammen mit seinen Zulieferern insgesamt 45 000 Arbeitsplätze geschaffen.

VERTRAUEN UND AUSTAUSCH

Die extremen Positionen von Präsident Trump haben zu einem Vertrauensverlust diesseits des Atlantiks geführt: Laut einer Umfrage von *infratest dimap* im Februar 2017 fiel der Anteil der Deutschen, die Amerika als »vertrauenswürdigen Partner Deutschlands« ansehen, von 59% im November 2016 auf nur 22% im Februar 2017, und damit auf ein Rekordtief. Ferner gaben 67% an, sich zu sorgen, dass Präsident Trumps Politik die deutsche Wirtschaft schwächt (vgl. *infratest dimap* 2017). Besonders pessimistisch sind Jungunternehmer: Laut einer Umfrage des Digitalverbandes Bitkom vom Juni 2017 würden nur noch 15% der befragten Gründer ihr Start-up in den USA aufbauen, wenn sie die Wahl hätten. Vor einem Jahr war der Anteil mit 32% noch etwa doppelt so hoch (vgl. Bitkom 2017).

Es ist somit wichtiger denn je, das Vertrauen zwischen den transatlantischen Partnern zu stärken. Was ist zu tun?

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich wiederholt für die Wiederaufnahme der TTIP-Verhandlungen ausgesprochen. Die Argumente für TTIP haben weiter Bestand. Der Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen würde einen positiven Impuls für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze bedeuten. Zudem bieten Handelsabkommen wie TTIP eine Chance, die Globalisierung zu gestalten. Die deutsche Wirtschaft steht nach wie vor hinter einem Handelsabkommen mit den USA. TTIP sollte daher auf der Agenda bleiben. Allerdings sollten die Zielvorstellungen und damit auch die Aussichten auf Erfolg genau geprüft werden. Die handelspolitische Agenda von Trump lässt Zweifel daran aufkommen, wie ernst es der Administration tatsächlich mit einem Abkommen ist. Gerade beim Thema öffentliche Auftragsvergabe dürften die Verhandlungen noch schwieriger werden. Präsident Trump hat wiederholt angekündigt, die *Buy-America*-Regeln stärken zu wollen. Zudem dürfte das Projekt TTIP, das ohnehin in der deutschen Bevölkerung äußerst umstritten ist,

angesichts der Klima- und Umweltpolitik des Präsidenten noch schwieriger zu vermitteln sein.

Unabhängig von TTIP sollten die EU und Deutschland jedoch auf allen Ebenen den konstruktiven Dialog über Freihandel mit der neuen US-Administration suchen. Dabei müssen sie den USA gleichzeitig deutlich machen, welche Interessen und Werte sie verfolgen. Bestehende Dialogformate mit den USA sollten gestärkt und eingeschlafene Formate wiederbelebt werden. Dazu gehört beispielsweise der Transatlantische Wirtschaftsrat (*Transatlantic Economic Council, TEC*). Die Bilanz des 2007 gegründeten TEC war zwar gemischt, doch haben die regelmäßigen Treffen dazu beigetragen, den transatlantischen Regulierungsdialog zu stärken. Dabei ist wichtig, Themen zu identifizieren, in denen die EU und USA gleichgerichtete Interessen haben. Dazu könnte beispielsweise das Thema Ausbildung gehören.

Schließlich ist auch das anstehende Deutschlandjahr in den USA eine Chance, Austausch und Vertrauen zwischen den transatlantischen Partnern zu stärken. Nach Deutschlandjahren in Mexiko, China und Indien soll der Startschuss für das Deutschlandjahr in den USA am 3. Oktober 2018 fallen. Unter der Schirmherrschaft des Auswärtigen Amtes sollen vielfältige Begegnungsprogramme das Deutschlandbild in den USA aktualisieren und die transatlantische Freundschaft stärken. Auch die deutsche Wirtschaft wird daran beteiligt sein. Denn eines ist klar: Die USA werden auch in Zukunft ein wichtiger Partner sein. Umso mehr lohnt es sich, in eine gute Beziehung zu investieren.

LITERATUR

Auswärtiges Amt (2017), »Außenminister Gabriel nimmt US-Anti-Dumping Verfahren gegen deutsche Stahlunternehmen mit Unverständnis zur Kenntnis«, Pressemitteilung, 31. März, verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2017/170331_BM_US-Anti-Dumping.htm.

Bitkom (2017), »Nach Trump: Start-ups zieht es nicht mehr in die USA«, Pressemitteilung, 22. Juni, verfügbar unter: <https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Nach-Trump-Start-ups-zieht-es-nicht-mehr-in-die-USA.html>, aufgerufen am 23. Juni 2017.

Bown, C.P. (2017), *Steel, Aluminium, Lumber, Solar: Trump's Stealth Trade Protection*, Juni, Peterson Institute for International Economics, Washington DC.

Bureau of Industry and Security (2017a), *Section 232 Investigations: The Effect of Imports on the National Security*, verfügbar unter: <https://www.bis.doc.gov/index.php/other-areas/office-of-technology-evaluation-ote/section-232-investigations>.

Bureau of Industry and Security (2017b), *Section 232 Investigations Program Guide*, Juni 2007, verfügbar unter: <https://www.bis.doc.gov/index.php/forms-documents/section-232-investigations/86-section-232-booklet/file>.

Donnan, S. (2017), »Trump's Top Trade Advisor Accuses Germany of Currency Exploitation«, *Financial Times*, 31. Januar, verfügbar unter: <https://www.ft.com/content/57f104d2-e742-11e6-893c-082c54a7f539?m-hq5j=e3>, aufgerufen am 18. Juli 2017.

Europäische Kommission (2017a), *European Union, Trade with USA*, verfügbar unter: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113465.pdf, aufgerufen am 29. Juni 2017.

Europäische Kommission (2017b), *Countries and Regions: United States*, 22. Februar, verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/united-states/>, aufgerufen am 7. Juni 2017.

infratest dimap (2017), *Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT*, Februar, verfügbar

unter: https://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/dt1702_bericht.pdf.

International Trade Administration (2017), *Certain Carbon and Alloy Steel Cut-to-Length Plate From the Federal Republic of Germany: Final Determination of Sales at Less Than Fair Value*, 4. April, verfügbar unter: <http://enforcement.trade.gov/frn/summary/germany/2017-06628.txt>.

International Trade Commission (2017), *Carbon and Alloy Steel Cut-to-Length Plate from Austria, Belgium, France, Germany, Italy, Japan, Korea, and Taiwan Injures U.S. Industry, Says USITC*, 5. Mai, verfügbar unter: https://www.usitc.gov/press_room/news_release/2017/er0505ll767.htm.

Leonard, J. (2017) »Commerce Official to Brief Capitol Hill on Ross's 232 Steel Report Fridays«, *Inside U.S. Trade*, 13. Juni, verfügbar unter: <https://insidetrade.com/daily-news/commerce-official-brief-capitol-hill-ross%E2%80%99s-232-steel-report-friday>, aufgerufen am 14. Juni 2017.

Peters, H., O. Rakau und St. Schneider (2017), *Risiken für den Export – trotz unterstützender EZB*, Ausblick Deutschland, Deutsche Bank Research, 30. Januar, verfügbar unter: https://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000434068/Ausblick-Deutschland%3A-Risiken_f%C3%BCr_den_Export_%E2%80%93_tro.pdf.

RGIT (2017), *German Business Matters*, verfügbar unter: http://www.rgit-usa.com/fileadmin/ahk_rgitusa/media/GBM/GBM_2017/GBM_2017.pdf, aufgerufen am 29. Juni 2017.

Statistisches Bundesamt (2016), *Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel*, endgültige Ergebnisse 2015, 14. November, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Aussenhandel/Gesamtentwicklung/ZusammenfassendeUebersichtenJendgueltig2070100157004.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am 28. Juni 2017.

Statistisches Bundesamt (2017a), *Ausländische Bevölkerung nach Altersgruppen und ausgewählten Staatsangehörigkeiten*, verfügbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/AuslaendischeBevoelkerung/Tabellen/Altersgruppen.html>, aufgerufen am 18. Juli 2017.

Statistisches Bundesamt (2017b), *Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland*, vorläufige Ergebnisse, 21. Juni, verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile, aufgerufen am 28. Juni 2017.

Tagesschau.de (2017), »Ross will hart gegen Dumping vorgehen«, 27. Juni, verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/ross-cduwirtschaftstag-101.html>, aufgerufen am 28. Juni 2017.

The White House (2017a), *Presidential Executive Order Regarding the Omnibus Report on Significant Trade Deficits*, 31. März, verfügbar unter: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/03/31/presidential-executive-order-regarding-omnibus-report-significant-trade>.

The White House (2017b), *Presidential Memorandum for the Secretary of Commerce*, 20. April, verfügbar unter: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/04/20/presidential-memorandum-secretary-commerce>.

The White House (2017c), *Presidential Memorandum for the Secretary of Commerce*, 27. April, verfügbar unter: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/04/27/presidential-memorandum-secretary-commerce>.

United States International Trade Commission (2017), *Antidumping and Countervailing Duty Investigations*, verfügbar unter: https://www.usitc.gov/trade_remedy/731_ad_701_cvd/investigations.htm, aufgerufen am 29. Juni 2017.

U.S. Bureau of Economic Analysis (2017), *U.S. Trade in Goods and Services by Selected Countries and Areas, 1999-present*, verfügbar unter: https://www.bea.gov/newsreleases/international/trade/trad_geo_time_series.xls, aufgerufen am 18. Juli 2017.

U.S. Census Bureau (2017), *American Fact Finder, Selected Social Characteristics in the United States, 2015 American Community Survey 1-Year Estimates*, verfügbar unter: <https://factfinder.census.gov/faces/tableservices/jsf/pages/productview.xhtml?src=bkml>, aufgerufen am 18. Juli 2017.

USTR (2017), *Unsettling Safeguard Investigations*, verfügbar unter: https://www.usitc.gov/press_room/us_safeguard.htm, aufgerufen am 12. Juni 2017.

Wiening, J. (2017), »Abgesagter Besuch im Streit«, *Tagesschau.de*, 27. Juni, verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/zyppries-ross-103.html>, aufgerufen am 28. Juni 2017.

WTO (2017), *Statistics on Anti-Dumping*, verfügbar unter: https://www.wto.org/english/tratop_e/adp_e/adp_e.htm, aufgerufen am 18. Juli 2017.